

Ein Dossier von MISEREOR und dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Weltgemeinwohl

Neue Ansätze zu Postwachstum und globaler Gerechtigkeit

MISEREOR
IHR HILFSWERK



Institut für
Gesellschaftspolitik
an der
Hochschule für Philosophie





Pirmin Spiegel
ist Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender von Misereor.

Liebe Leserinnen und Leser,

„eigentlich“: In diesem kleinen Wort spiegeln sich Glanz und Elend menschlicher Freiheit. Der Glanz, weil wir immer wieder Alternativen entwickeln können zu dem, was ist und manchmal ausweglos erscheint. Aber auch das Elend: Denn unser Handeln hat oft wenig mit dem zu tun, was wir „eigentlich“ wollen.

Die vier großen Zeitschriftenverlage in Deutschland haben in diesem Jahr Einstellungen und Verhaltensweisen von Konsumenten intensiv untersucht, um ihre Werbestrategien zu verbessern. Ein auffälliges Ergebnis dabei sind die eklatanten Widersprüche, mit denen wir leben. Gesunde Ernährung und Umweltschutz beispielsweise sind den meisten Befragten wichtig oder sogar sehr wichtig. Schaut man dann aber auf das Verhalten im Alltag, bleibt davon wenig übrig. Wenige kaufen Bio-Lebensmittel, Car-Sharing kommt für 80 Prozent auf keinen Fall in Frage, der Trend zur Urlaubsreise mit dem Flugzeug hält weiter an.

Dasselbe Bild zeigt sich im Großen. Niemand in Politik und Wirtschaft ist gegen Nachhaltigkeit oder Menschenrechte. Wenn es aber zum Schwur kommt, dominieren zumeist kurzfristige Partikularinteressen. Ist global so Staat zu machen? Ein gutes Leben für alle, insbesondere die Armen und die Menschen künftiger Generationen, braucht motivierende Visionen von dem, was uns über Grenzen und Einzelinteressen hinaus wichtig ist, und gemeinsam getragene Verfahren, um diesen Visionen im Alltag zur Verbindlichkeit zu verhelfen. Beides, Vision und Verfahren, ist in dem Konzept eines globalen Gemeinwohls enthalten. Die Beiträge auf den folgenden Seiten greifen dieses Konzept auf, um Freiräume für dringend benötigte Alternativen zu unseren globalen Aporien zu erkunden.

Mit besten Grüßen

Pirmin Spiegel

3 Weltgemeinwohl

Eine ethische und politische Orientierung für die Weltgemeinschaft

Michael Reder

6 Das Wohl aller Menschen im Blick

Weltgemeinwohl aus Sicht der katholischen Sozialethik

Michael Hainz SJ

8 Interkulturelle Perspektiven

Erste Ergebnisse aus dem Projekt

„Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“
Katharina Hirschbrunn und Verena Risse

9 Über Partikularinteressen hinaus denken

Das Weltgemeinwohl-Projekt

Georg Stoll

11 Buen Vivir als Anstoß zu einem Mentalitäts- und Strukturwandel

Ein Gespräch mit der kolumbianischen

Entwicklungssoziologin Prof. Olga Lucia Castillo

13 Postwachstumsgesellschaft

Die Emanzipation von Wachstumszwängen dient dem Gemeinwohl – auch in Schwellen- und Entwicklungsländern

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

18 Kontroverse: Dient Wachstum dem Weltgemeinwohl?

Pro: Judith Skudelny, Kontra: Bernd Bornhorst

20 Weltgemeinwohl – unser Beitrag?

Antworten von Sven Giegold, Gesine Schwan,

Richard Grünewald, Natalie Hohmann und

Manuela Vosen

21 Auf dem Weg zum Weltgemeinwohl?

Die neue UN-Entwicklungs- und

Nachhaltigkeitsagenda

Klaus Schilder

24 Sorgsamer Umgang statt Ausbeutung

Die Verantwortung von Unternehmen für globale Gemeingüter

Johannes Wallacher

26 Advokaten des Weltgemeinwohls

Organisationen mit religiösem Hintergrund treten für weltweite Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ein

Johannes Müller SJ

Weltgemeinwohl

Eine ethische und politische Orientierung für die Weltgemeinschaft

Foto: [M] Rio 2013 (CC BY-NC-SA 2.0)



| Michael Reder

Die vielfältigen globalen Krisen der vergangenen Jahre fordern die Weltgemeinschaft heraus. Es geht um neue Wege für ein kooperatives Zusammenleben, bei dem ökologische Grenzen beachtet und soziale Spaltungen überwunden werden. Das Konzept des Weltgemeinwohls, das auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen abzielt, kann hierfür eine Orientierung geben.

Die globalen Krisen unserer Zeit – wie die Klima-, die Ernährungs- und die Finanzkrise – sind auch Ausdruck der Grenzen unseres gegenwärtigen Entwicklungs- und Wohlstandsmodells. Dieses Modell ist vor allem auf Wachstum ausgerichtet, ohne zu fragen, ob das Wachstum breitenwirksam ist und allen Menschen, das heißt insbesondere auch den Armen, zugutekommt. Außerdem werden langfristige Folgen, wie zum Beispiel Klimaschäden, meist vernachlässigt. Die Frage des Ressourcenverbrauchs und der ökologischen Grenzen des Modells kommen deshalb oft ungenügend in den Blick. Angesichts dieser strukturellen Grenzen gilt es, nach zukunftsfähigen Modellen für das Zusammenleben zu suchen.

Eine Familie im brasilianischen Armenviertel Varginha. Das Viertel gehört zu einem Favela-komplex mit geschätzten 40.000 Einwohnern.

Die Diskussion darüber findet seit einigen Jahren sowohl national als auch international statt. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ widmete sich in der vergangenen Legislaturperiode diesem Thema. Es ging dabei unter anderem um die Entwicklung eines Wohlstandsindicators, der die ökologischen

Sudanesische Flüchtlinge und Einheimische im Dorf Kotto 3 in der Zentralafrikanischen Republik. Zur Feier der Übergabe einer Schule durch den Jesuit Refugee Service wird ein Festessen gekocht. Die Schule war bei kriegerischen Auseinandersetzungen zerstört worden.

Foto: Menanga Kizito Yves



und sozialen Grenzen des gegenwärtigen Wohlstandsmodells kritisch untersucht. Die globale Entwicklungsfrage, und insbesondere die Situation in den ärmsten Bevölkerungsteilen der Welt, wird in solchen Diskussionen allerdings oft nur am Rande thematisiert.

| Gemeinwohl der Weltgesellschaft

Die Suche nach zukünftigen Modellen für das Zusammenleben in der Weltgesellschaft ist nicht nur eine politische, sondern auch eine ethische Frage. In diesem Kontext erscheint es sinnvoll, auf ein Konzept zu zurückzugreifen, das in der katholischen Soziallehre, aber auch in der politischen Philosophie seit vielen Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielt: das Gemeinwohl. Aus der Sicht dieses Konzepts geht es bei der Frage nach Wohlstand und Wachstum nicht nur um die Interessen einzelner Gruppen oder nur der gegenwärtig lebenden Menschen, sondern um das Wohl aller Menschen.

Gemeinwohl ist in seiner ursprünglichen Bedeutung auf einzelne Gemeinschaften bezogen. Das Wohl der Gemeinschaft steht den Interessen der einzelnen Menschen gegenüber und ist der anzustrebende Idealzustand einer Gemeinschaft, in dem das Wohl aller bedacht wird. Hinsichtlich des genaueren Verständnisses von Gemeinwohl haben sich zwei große Deutungen herausgebildet, und zwar eine inhaltliche und eine formale Lesart. Entweder wird Gemeinwohl inhaltlich bestimmt und hat dann eher einen substantiellen Charakter. Die Vorstellung, was das Wohl der Gesellschaft ist, wird dann beispielsweise mit einem bestimmten Verständnis von Gerechtigkeit inhaltlich gefüllt.

In der zweiten, formalen Lesart geht man davon aus, dass in einer pluralen Gesellschaft das Gemeinwohl nicht von vornherein inhaltlich festgelegt werden kann. Das Gemeinwohl zu sichern bedeutet dann, politische Verfahren zu entwickeln, durch die sich die Gesellschaftsmitglieder auf bestimmte Ziele einigen, die ihrem gemeinsamen Wohl dienen. Eine bestimmte Vorstellung von Ge-

rechtigkeit wird dann nicht vorausgesetzt, sondern es kommt vielmehr darauf an, dass es faire und transparente Verfahren gibt, an denen alle Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen können. Deshalb wird dieses Verständnis mit dem Begriff „formal“ charakterisiert. Denn erst am Ende dieser (formalen) Aushandlungsprozesse steht ein inhaltliches Verständnis von Gemeinwohl.

Für das Gemeinwohl der Weltgesellschaft sind beide Aspekte wichtig. Auf der einen Seite gibt es Voraussetzungen, die notwendigerweise realisiert werden müssen, damit das Wohl aller Menschen gefördert werden kann. Ein Beispiel hierfür ist der Schutz der sogenannten globalen öffentlichen Güter. Hinter diesem ökonomischen Begriff steckt die Einsicht, dass es Güter gibt, die nicht nur einzelne Menschen betreffen, sondern immer auch mehrere Gesellschaften oder sogar die gesamte Weltgesellschaft. Güter wie beispielsweise eine saubere Umwelt oder ein friedvolles Zusammenleben nutzen nämlich nicht nur dem einzelnen Individuum, sondern auch und vor allem der Gemeinschaft als ganzer. Solche globalen Güter sind notwendige Bestandteile dessen, was das Wohl der Weltgemeinschaft ausmacht.

Auf der anderen Seite haben Länder und Kulturen aber auch in vielen Bereichen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was dem Wohl der Weltgemeinschaft dient, beispielsweise wie die Vielfalt kultureller Traditionen in dieses integriert werden kann. Wird die Förderung des Weltgemeinwohls als ein politisches Ziel verstanden, so muss es deshalb in der Zukunft auch darum gehen, die Weltpolitik so zu gestalten, dass die friedvolle Entwicklung aller Gemeinschaften weltweit ermöglicht wird, ohne dass die einzelnen Gemeinschaften dabei ihre eigene kulturelle oder kollektive Identität aufgeben müssen. Deshalb sind in globaler Perspektive Verfahren zu entwickeln, die es ermöglichen, alle Menschen an der Gestaltung der Weltgesellschaft zu beteiligen, um sich darüber zu verständigen, was für sie das Weltgemeinwohl ausmacht und wie es gefördert werden kann. Erst wenn die verschiedenen Menschen und Kulturen mit ihren je eigenen Traditionen einbezogen sind, ist auch eine Übereinkunft

„Das Weltgemeinwohl ist mehr als nur eine abstrakte ethische Idee.“

darüber möglich, was als Wohl der Weltgemeinschaft verstanden und wie dieses sinnvoll hergestellt werden kann. „Einheit in Vielheit“ ist das sozioethische Prinzip, das leitend sein sollte für diesen Verständigungsprozess und damit für die Förderung des Weltgemeinwohls.

| Weltgemeinwohl und Menschenrechte

Gemeinwohl ist ein ethisches Konzept. Dies gilt auch für die globale Dimension des Weltgemeinwohls. Um dieses Konzept in der konkreten politischen Wirklichkeit der Weltgesellschaft zu verankern, ist es wichtig zu fragen, welche weltpolitischen Praktiken sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet haben und welche Vorstellung von Weltgemeinwohl sie beinhalten. Damit wird ein „bottom up-Zugang“ gewählt: Das ethische Konzept Weltgemeinwohl wird nicht aus einer abstrakten Theorie heraus begründet, sondern von der konkreten globalen Wirklichkeit aus entwickelt.

Ein Blick auf die konkreten weltpolitischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte zeigt,



dass auf der globalen Ebene vor allem die Menschenrechte eine solche Vorstellung gelungenen Zusammenlebens im Sinne eines Wohls aller Menschen darstellen. Für die Bearbeitung globaler Probleme kommt den Menschenrechten in der Weltgesellschaft eine zentrale Bedeutung zu. Denn die allgemeinen Menschenrechte haben sich faktisch zu einem zentralen Bezugspunkt bei der ethischen wie politischen Diskussion über globale Probleme herauskristallisiert. Menschenrechte ermöglichen daher eine Orientierung angesichts vielfältiger Problemlagen und eine ethische Rückbindung weltpolitischer Regime. In dieser Hinsicht sind sie zu einem Ausdruck des Weltgemeinwohls geworden.

Menschenrechte kommen allen Menschen gleichermaßen zu – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und unabhängig von ihrem gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Status. Sie haben nicht nur eine politische und rechtliche Funktion, sondern auch eine ethische Funktion. Die ethischen Annahmen, die in den Menschenrechten enthalten sind, sind deshalb eine Vorstellung des Weltgemeinwohls als eines ethischen Leitfadens. In ethischer Hinsicht stehen dabei vier Grundprinzipien im Zentrum der

Menschenrechte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Partizipation. Dies ist gewissermaßen der Kern des Weltgemeinwohls.

In der Perspektive der Menschenrechte heißt Freiheit, ein menschenwürdiges Leben führen und dies eigenständig gestalten zu können. Gleichzeitig beruhen die Menschenrechte darauf, dass alle Menschen gleichermaßen ihr Leben menschenwürdig gestalten wollen. Damit sind Freiheit und Gleichheit wechselseitig aufeinander verwiesen. Solidarität und Partizipation beinhalten wiederum, dass globale Probleme nur gemeinsam gelöst werden können und alle Menschen gleichermaßen hierzu verpflichtet sind. Dazu sind politische Institutionen und Verfahren notwendig, die das Recht auf ein menschenwürdiges Leben gewährleisten

Dieses vierte Prinzip korrespondiert mit dem bereits erwähnten formalen Aspekt des Gemeinwohls: Auch die Menschenrechte betonen nämlich die Notwendigkeit von politischen Verfahren, an denen alle Weltbürgerinnen und Weltbürger beteiligt werden. Der Prozess der Weiterentwicklung der Menschenrechte in den vergangenen Jahrzehnten ist ein Beispiel hierfür. In diesen Prozessen der Fortschreibung der Menschenrechte

durch neue Verfahren und Institutionen muss auch immer wieder neu ausgehandelt werden, wie beispielsweise das Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu bestimmen ist.

Menschenrechte stellen also eine normative und politische Basis für ein umfassendes Entwicklungsverständnis dar. Sie helfen auch zu verhindern, dass einzelne politische Ziele im Kontext der Debatte um zukünftige Wohlstands- und Entwicklungsmodelle gegeneinander ausgespielt werden. Vor dem Hintergrund der Fokussierung auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen können vielmehr die verschiedenen Ziele als komplementär miteinander verschränkt werden.

Außerdem kann mit dem menschenrechtlichen Ansatz betont werden, dass die politischen Ziele immer auch in einen Rechtsanspruch überführt werden sollten. Denn in der Verschränkung von normativer, politischer und rechtlicher Perspektive tendieren die Menschenrechte von ihrer Grundlogik immer schon dazu, politische Ziele in einen Rechtsanspruch zu überführen, auch wenn bislang die institutionellen Rahmenbedingungen zur Gewährleistung und Sicherung dieser Rechte noch (zu) schwach sind. Mit Bezug auf diese Rechtslogik der Menschenrechte kann gesichert werden, dass es sich bei zukünftigen weltpolitischen Weichenstellungen nicht um leere Hülsen handelt, sondern sie letztlich als ein normativer, aber auch als ein rechtlich verbindlicher Anspruch zu verstehen sind. Weltgemeinwohl ist in diesem Sinne nicht nur eine abstrakte ethische Idee, sondern eine konkrete politische und auch rechtliche Orientierung für eine Gestaltung der Weltgesellschaft, mit dem Ziel, das Wohl aller Menschen in den Blick zu nehmen und zu fördern. | |



Prof. Dr. Michael Reder ist Inhaber des Lehrstuhls für praktische Philosophie und Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie, München.

Das Wohl aller Menschen im Blick

Weltgemeinwohl aus Sicht der katholischen Sozialethik

Foto: IMJ Rio 2013 (CC BY-NC-SA 2.0)



Brasilien-Besuch des Papstes im Juli 2013:
Eine Bewohnerin einer Favela in Rio de Janeiro begrüßt „Papa Francisco“.

Umwelt jedes einzelnen Staates fühlbar von denselben Gegebenheiten in allen übrigen Nationen abhängen, griff die klassische Beschränkung auf das Gemeinwohl jedes einzelnen Staates zu kurz: Es bedurfte der Erweiterung des ethischen – wie auch des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen – Horizontes auf das Weltgemeinwohl.

| Definition

Gaudium et spes (1965), der Schlüsseltext des Zweiten Vatikanischen Konzils über die „Kirche in der Welt von heute“, bringt die globalisierungsbezogene Begründung und die Definition des Weltgemeinwohls klassisch zum Ausdruck:

„Aus der immer engeren und allmählich die ganze Welt erfassenden gegenseitigen Abhängigkeit ergibt sich als Folge, dass das Gemeinwohl, das heißt die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen, heute mehr und mehr einen weltweiten Umfang annimmt und deshalb auch Rechte und Pflichten in sich begreift, die die ganze Menschheit betreffen.“

Gegen liberale Ideologien und ökonomische Eigeninteressen (nach der Devise: „Der größte Nutzen aller entspringt dem möglichst ungestörten Handeln Einzelner“) macht der Begriff des Gemeinwohls darauf aufmerksam, dass dem Handeln Einzelner etwas von allen gemeinsam Geteiltes, etwas Gesellschaftliches vorausgeht, ohne das die Einzelnen nicht selbstbestimmt handeln können. Weltgemeinwohl ist ein „Dienstwert“, damit Individuen, Familien, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Einzelstaaten ihre Werte und Ziele „voller und leichter“ verwirklichen können. Damit begrenzt es auch die Macht von Herrschenden. Umgekehrt müssen sich Einzelansprüche und auch jede Gemeinwohrrhetorik daraufhin überprüfen lassen, ob sie tatsächlich dem „Wohl aller und eines jeden“ dienen.

| Michael Hainz SJ

Der Begriff Weltgemeinwohl hat eine über 2000-jährige Vorgeschichte: Er geht unter anderem auf Aristoteles, Thomas von Aquin und Gottfried Wilhelm Leibniz zurück. In der katholischen Soziallehre findet er sich seit Anfang der 1960er Jahre: Eine päpstlichen Sozialenzyklika befasste sich da erstmals mit dem „gesamtmenschheitlichen“ Gemeinwohl. Spätere kirchliche Dokumente haben diesen Grundgedanken weiterentwickelt und zur Erweiterung des ethischen und politischen Horizontes auf die ganze Welt beigetragen.

Die dem Gemeinwohl der Menschen verpflichtete Soziallehre der katholischen Kirche ist seit der ersten Sozialenzyklika *Rerum novarum* des Papstes Leo XIII. (1891) immer weiter ausgestaltet worden. Sozialenzykliken sind Weltrundschreiben der Päpste zu sozia-

len Themen; sie spielen eine gewichtige Rolle für die Entwicklung der Soziallehre. So auch, als vor rund einem halben Jahrhundert der Begriff „Weltgemeinwohl“ in sie Einzug hielt: Papst Johannes XXIII. thematisierte 1961 in seiner Sozialenzyklika *Mater et magistra* das „weltwirtschaftliche Gemeinwohl“ beziehungsweise das „gesamtmenschheitliche Gemeinwohl“, und, zwei Jahre später, in *Pacem in terris* das „umfassende Gemeinwohl, welches die gesamte Menschheitsfamilie angeht“. Auch von einem „universalen Gemeinwohl“ sprach der Papst damals.

Den zeitgeschichtlichen Hintergrund der ausdrücklichen Befassung mit dem Weltgemeinwohl bildeten zum einen die Prozesse der Entkolonialisierung, durch die Fragen der Entwicklung in ganz neuer Weise auf die internationale Tagesordnung rückten, und zum anderen der Kalte Krieg, der mit der Kubakrise (1962) einen dramatischen Höhepunkt erlebte. Das Nachdenken über das Weltgemeinwohl begann also mit der Einsicht in wachsende globale Verflechtungen: Weil Fortschritte in Wissenschaft und Technik weltweit prägenden Einfluss gewannen, weil sich Volkswirtschaften immer mehr weltumfassend verflochten und weil sozialer Fortschritt, Ordnung, Sicherheit, Friede und gesunde



Spätere kirchliche Dokumente haben diesen Grundgedanken eines Weltgemeinwohls weiterentwickelt und Stellung bezogen zu der Frage, worin die Bedingungen weltgesellschaftlichen Lebens bestehen und wer sie herbeizuführen hat.

Ihre Kernaussagen lassen sich so zusammenfassen: In demokratischen Gesellschaften – das gilt auch für die Weltgesellschaft – sollen es die an demokratischen Prozessen Beteiligten selber sein, die über die konkrete Ausgestaltung der Werte, Normen, Güter und Verfahren entscheiden, die das (Welt-)Gemeinwohl ausmachen. Das freilich hat im Rahmen der Menschenrechte, fairer politischer Verfahren, wirtschaftlicher Mitbestimmung und des Respekts für das alle gesellschaftlichen Prozesse umgreifende Netzwerk der Natur zu geschehen.

| Politische Erfordernisse

Aus der Erfahrung mit verschiedenen Gesellschaftssystemen hat die christliche Sozialethik – auch als Vordenkerin für den Global Player Kirche – grundlegende Gestaltungshinweise für das Weltgemeinwohl formuliert: Ähnlich dem Nationalstaat, dessen Existenzberechtigung in der Verwirklichung des Gemeinwohls besteht, welches an die Rechte und Pflichten der menschlichen Person gebunden ist und die Teilhabe aller Bürger erfordert, ist angesichts der vielen, von Einzelstaaten nicht mehr zu bewältigenden globalen Probleme eine „universale politische Gewalt“ einzusetzen, deren Mittel und Durchsetzungsmacht den zu bewältigenden Aufgaben entspricht. Diese universale Instanz muss „durch Über-einkunft aller Völker“, nicht jedoch mit Gewalt begründet werden; sie muss an die Menschenrechte rückgebunden und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut sein, indem sie Hilfestellung für die untergeordneten Einheiten leistet, ohne ihnen Zuständigkeiten zu entziehen, die jene aus eigener Kraft

wahrnehmen können (Pacem in terris). Arme Länder sollen „in internationalen Gremien ein größeres Mitspracherecht“ bekommen. Das Weltgemeinwohl verlangt danach, „die internationale Entwicklung unter den Primat der Politik zu bringen und einen Ordnungsrahmen mit wirksamen Sanktionen und Instrumenten zu schaffen“ (Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit).

Inhaltlich erstreckt sich das Gemeinwohl auf den ganzen Menschen, also auf Leib, Seele und Geist (Pacem in terris). Die christliche

„Der Glaube hilft uns, Entwicklungsmodelle zu finden, die nicht allein auf Nutzen und Profit gründen, sondern die Schöpfung als Gabe anerkennen, deren Schuldner wir alle sind. Er lehrt uns, gerechte Regierungsformen zu ermitteln und dabei anzuerkennen, dass die Autorität von Gott kommt, um sich in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen.“ Enzyklika „Lumen Fidei“ von Papst Franziskus I., 29.6.2013

Sozialethik hinterfragt die bei uns Reichen vorherrschenden Modelle der Lebenserfüllung, in denen materialistische, ökologisch schädliche Werte den spirituellen und sozialen Werten übergeordnet sind. Sie stellt gleichzeitig einen kritischen Maßstab für den Lebensstil und das wirtschaftliche Handeln der kirchlichen Akteure selbst dar. Namentlich für Länder des Südens lassen sich wichtige Forderungen des Gemeinwohls so benennen:

„Es muss (...) alles dem Menschen zugänglich gemacht werden, was er für ein wirklich menschliches Leben braucht, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, sodann das Recht auf eine freie Wahl des Lebensstandes und auf Familiengründung, auf Erziehung, Arbeit, guten Ruf, Ehre und auf gezielte Information; ferner das Recht zum Handeln nach der rechten Norm seines Gewissens, das

Bei einem Kongress der „European Jesuits in Social Sciences“ in Genf treffen sich europäische Sozialwissenschaftler und -ethiker.

Recht auf Schutz seiner privaten Sphäre und auf die rechte Freiheit auch in religiösen Dingen“ (Gaudium et spes).

Außerdem ist „dafür Sorge zu tragen, dass die Kulturgüter in ausreichendem Maße allen zugänglich sind“, insbesondere die „sogenannte Grundkultur“, damit alle Bürger am politischen Leben teilhaben können (ebd.), und dass die Umwelt, die Ressourcen und das Klima geschützt werden (Caritas in veritate). Weil Gott die Erde „zum Nutzen aller Menschen und Völker bestimmt“ hat, müssen diese geschaffenen Güter in einem gerechten Verhältnis allen zustatten kommen (Centesimus annus).

Das Weltgemeinwohl kann angesichts der ihm entgegenstehenden „Strukturen der Sünde“ – in ihnen haben sich die „Gier nach Profit“ und das „Verlangen nach Macht um jeden Preis“ verfestigt (Sollicitudo rei socialis) – nur durch die tatkräftige Mitwirkung aller

Akteure verwirklicht werden: der UNO und ihrer Unterorganisationen, der Nationalstaaten und der Unternehmen, der Zivilgesellschaft und der global verantwortungsbewussten Einzelpersonen. Ihre Entscheidungen müssen sich an zwei Fragen der globalen und nachhaltigen Verträglichkeit messen lassen: Wie wirkt sich unser (mein) Handeln auf die Ärmsten in den Ländern des Südens aus? Und: Welche Folgen hat unser (mein) Lebens- und Entwicklungsmodell auf die Umwelt und die künftigen Generationen? ||



Dr. Michael Hainz ist Dozent für Sozialwissenschaften an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München. Er ist Bruder im Jesuitenorden.

Interkulturelle Perspektiven

Erste Ergebnisse aus dem Projekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“

Foto: privat



| Katharina Hirschbrunn und Verena Risse

Das Projekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ hat einen Dialogprozess angestoßen, dessen Ziel es ist, sich über international und interkulturell anschlussfähige Grundlagen eines globalen Gemeinwohlbegriffs zu verständigen. Die „Stimmen“ in diesem Dialog kommen aus unterschiedlichen kulturellen und nationalstaatlichen Kontexten. In Arbeitspapieren und bei einem Workshop sind erste Perspektiven auf das Weltgemeinwohl skizziert worden. Diese verschiedenen Sichtweisen sollen in der weiteren Projektarbeit noch stärker zusammengeführt und länderübergreifende Aspekte genauer beleuchtet werden.

Das Konzept des Gemeinwohls, zumal des Weltgemeinwohls, ist facettenreich. Seinen Kern bildet der Gedanke, dass Güter, eine Politik oder allgemein sämtliche gesellschaftlichen Anstrengungen auf ein allgemeines Gutes gerichtet sein müssen und nicht lediglich Partikularinteressen dienen dürfen. Dieses Verständnis findet sich beispielsweise in der Perspektive der Kolumbianerin Olga Castillo (siehe das Interview auf S. 11-12) wieder, derzufolge das Konzept des Gemeinwohls immer schon den Gedanken der Gemeinschaft enthält: Es muss der Gesellschaft und nicht den Interessen einzelner Menschen dienen. Bernard Herry-Priyono aus Indonesien ergänzt, Gemeinwohl bedeute eine Verbesserung der Lebensqualität, sowohl in faktischer als auch in normativer, auf das ethisch Gute bezogener Hinsicht. In der Tradition der katholischen Soziallehre versteht der Sambier Leonard Chiti das Gemeinwohl als die Summe aller politisch-ökonomischen und sozialen Bedingungen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Und der aus Brasilien stammende Soziologe Cândido

„Alternative Perspektiven auf der theoretischen wie auch der politischen Ebene stark machen“:
Workshop in München im Oktober 2013 mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Kulturen.

Grzybowski betont, dass Gemeinwohl nicht nur in den zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern auch in den Beziehungen des Menschen zur Natur gründe.

Der Zivilgesellschaft und lokalen Bewegungen kommt für die Verwirklichung einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft große Bedeutung zu. Darauf weisen mehrere Partner hin. Eine weitere Schnittmenge der unterschiedlichen Sichtweisen besteht darin, dass Gemeinwohl als eng verflochten mit ökologischen Aspekten gesehen wird. Dies berührt zugleich den Bereich der Ökonomie.

| Aspekte einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft

Herry-Priyono sieht in Indonesien die enge Verbindung zwischen Staat und Unternehmen als Ursache für die fehlende Vertei-

lungsgerechtigkeit. Er findet es falsch, die Wirtschaft auf das Marktsystem zu reduzieren, denn dies schließe die indigenen Gemeinschaften aus. Auch die Natur und sozial weibliche, sorgende Tätigkeiten sowie Kultur und Spiritualität würden im Marktsystem ökonomisiert oder nicht wertgeschätzt.

Von deutscher Seite wird die Ausrichtung der Politik auf Wachstum kritisiert. Weil eine Entkoppelung von der Umweltbelastung bisher nicht erreicht ist und Deutschland ökologisch weit über seine Verhältnisse lebt, müssten stattdessen Lebensqualität und Weltgemeinwohl das Ziel einer großen Transformation sein. Herry-Priyono ergänzt, der Konsumismus sei nicht nur in Industrieländern, sondern auch in der indonesischen Mittelschicht vorherrschend. Die deutsche soziale Marktwirtschaft hingegen wird von einigen internationalen Teilnehmern als vorbildlich gesehen, da sie den Markt in einen sozialen Rahmen einbette und so für mehr soziale Gerechtigkeit Sorge. Das deutsche Modell wird aber zugleich auch durch Kritik an den immensen Exportüberschüssen und dem übermäßig großen ökologischen Fußabdruck in Frage gestellt.

Einigkeit besteht bei allen, die an dem Workshop teilgenommen haben, darin, dass dem Gemeinwohl Vorrang gegenüber dem Wirtschaftswachstum gegeben werden sollte: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Ökologische Nachhaltigkeit ist dabei eine grundlegende Voraussetzung für menschliches Leben. Letztlich sei daher die Regulierung der Wirtschaft auf nationaler wie auch auf globaler Ebene nötig. Ob das kapitalistische System transformiert oder überwunden werden soll, wird kontrovers diskutiert. Grzybowski aus Brasilien schlägt eine Beschränkung der Eigentumsrechte vor, etwa in Form einer Umschichtung des Erbes von Einzelnen auf ein Grundeinkommen für alle Bürger.

Viele internationale Teilnehmer betonen, dass die Ökonomisierung kultureller, sozialer und natürlicher Bereiche verhindert werden müsse. In alternativen Wirtschaftsformen sollen zudem nicht länger der Wettbewerb, sondern die Kooperation und das Tei-

Über Partikularinteressen hinaus denken: Das Weltgemeinwohl-Projekt

Wenn man die großen globalen Aufgaben lösen will, muss man sich mit zahlreichen Interessens- und Zielkonflikten auseinandersetzen. Sie sind nicht mit technischen Lösungen und einfachen Kompromissen aus der Welt zu schaffen. Die nötigen tiefgreifenden Veränderungen erfordern vielmehr eine breite gesellschaftliche Debatte, die auch die Perspektiven von Menschen anderer Länder und Kulturen ernst nehmen muss.

„Global denken, lokal handeln“ – seine unbestrittene Beliebtheit scheint diesem Motto wenig zu nutzen. Selbst wer in Regierungen, Unternehmen oder internationalen Institutionen global denkt, stößt beim lokalen Handeln schnell auf enorme Widerstände. Nationale Standorticherung, Quartalsbilanzen, Investoreninteressen und Besitzstände zählen mehr als die mühsame Suche nach gemeinsamen Wegen der Veränderung hin zu einer globalen Entwicklung, von der alle profitieren und die die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet.

Vor diesem Hintergrund haben Misereor und das Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München im Sommer 2012 ein dreijähriges Projekt zu „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ begonnen. Wodurch wird eine verbindliche Ausrichtung von politischem und wirtschaftlichem Handeln an einem global verstandenen Gemeinwohl gefördert oder behindert? Das wollen die Kooperationspartner gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland, vor allem aber in Afrika, Asien und Lateinamerika, herausfinden.

Das Projekt ist interkulturell angelegt und will insbesondere auch die Perspektiven von Menschen zur Geltung bringen, deren Lebenschancen durch globale (Fehl-)Entwicklungen in besonderem Maße bedroht sind. Ihre Situationen und Sichtweisen, ihre kulturell geprägten Wertvorstellungen und Potenziale spielen in den offiziellen Foren und Debatten bislang kaum eine Rolle. In den Abschlusserklärungen der G20-Staatengruppe kommen sie zum Beispiel ebenso wenig vor wie in den umfangreichen Arbeiten der Bundestags-Enquete-

kommission zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Die Zusammenarbeit zwischen Misereor und dem sozialwissenschaftlichen Institut vollzieht sich auf drei Ebenen. In einem eher akademisch geprägten Dialog haben Fachleute aus Kolumbien, Brasilien, Sambia, der Demokratischen Republik Kongo, Indonesien und Deutschland Arbeitspapiere zu der Frage verfasst, wie Entwicklung und Gemeinwohl in ihren regionalen Kontexten verstanden und gelebt werden – und wie sich diese Praxis angesichts globaler Strukturprobleme bewährt. In einem einwöchigen Workshop im Oktober 2013 wurden die Ergebnisse zusammengetragen und in Hinblick auf gemeinsame zentrale Fragen und Aussagen sowie Anknüpfungspunkte zum Handeln diskutiert (siehe den Beitrag von Katharina Hirschbrunn und Verena Risse).

Auf einer zweiten Ebene werden 2014 sechs zivilgesellschaftliche Dialogforen in Lima, Montevideo, Kapstadt, Kinshasa, Mumbai und Manila stattfinden. Im Zentrum werden dort die jeweiligen regionalen sozialen und ökologischen „heißen Eisen“ und deren Verbindung zu grenzüberschreitenden Strukturproblemen stehen. Die dritte Ebene schließlich umfasst die Kommunikation mit Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft während der gesamten Projektlaufzeit. Mit Veröffentlichungen, Veranstaltungen und gezielten Gesprächen nutzen die Kooperationspartner Gelegenheiten wie etwa die Diskussion über neue Entwicklungsziele Post-2015, um Anregungen aus ihren Dialogen in die öffentliche Debatte über einen öko-sozialen Wandel einzubringen.

Georg Stoll

www.hfph.mwn.de/igp/forschung-und-projekte/polphil/kultur-und-entwicklung
www.misereor.de/themen/wirtschaft-fuer-die-armen/gemeinwohl-global.html



Dr. Georg Stoll
ist von Misereor für die Mitarbeit im Projekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ freigestellt.

Das International Commerce Centre in Kowloon, Hong Kong: ein Symbol des Wirtschaftswachstums. Das Weltgemeinwohl muss Vorrang haben, forderten die Workshop-Teilnehmer in München.

len im Zentrum stehen. Um dies zu ermöglichen, und um ökologische Schäden durch lange Transportwege zu vermeiden, müsse wieder stärker auf lokaler Ebene produziert werden. Praktische Beispiele für solch eine Neuausrichtung der Wirtschaft wurden aus verschiedenen Ländern vorgestellt. Olga Castillo aus Kolumbien weist auf die „peasantry reserve zones“ hin. Das sind Gemeinschaften, in denen Kleinbauern Land erhalten und es selbstorganisiert, solidarisch und ökologisch bewirtschaften. Durch soziale Regulierung und den Schutz vor globalen Investoren könne so der Markt wieder gesellschaftlich eingebettet werden. Ein ähnlicher Gedanke findet sich in dem brasilianischen Konzept der „bio-civilization“. Hier wird die westlich-anthropozentrische Sicht aufgegeben. Stattdessen stehen die Abhängigkeit von und der Austausch mit der Natur im Zentrum. So ergeben sich Grenzen für den Markt, etwa bei der Aus-



Foto: Diego Delso, Wikimedia Commons, License CC BY-SA 3.0

beutung von natürlichen Ressourcen im von Ureinwohnern bewohnten Regenwald.

Für diese alternativen Formen des Zusammenlebens und des Wirtschaftens werden sogenannte „commons“ (Gemeingüter) immer wichtiger: Dabei werden nicht nur Ressourcen gemeinschaftlich bewirtschaftet, sondern es wird durch kooperatives, partizipatives Handeln auch eine grundlegende Al-

ternative zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens durch Staat und Markt geschaffen. Wichtig dafür ist die Übertragung von Macht auf lokale Ebenen. Dies ermöglichte es etwa indigenen Gemeinschaften, ihr angestammtes Wissen anzuwenden. So entstünden Ressourcen des Widerstandes gegen die Macht der globalen Märkte. Dennoch sei es wichtig, die Regeln des globalen Wirtschaftssystems anzupassen, um Freiräume für alternative lokale Wirtschaftsmodelle zu schaffen, so Castillo. Von brasilianischer Seite wurde ein „planetary citizens movement“ als notwendig gesehen, um etwa durchzusetzen, dass der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation allen Bürgern gegenüber verantwortlich sind und nicht dem globalen Kapital.

| Gemeinschaften und Institutionen

Die Teilnehmer des Dialogprojekts messen den Institutionen einerseits und den Gemeinschaften andererseits unterschiedliche Bedeutung für das Gemeinwohl bei. Während der Dialogpartner aus Sambia die Einführung von ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechten in die Verfassung als zentral sieht, betont die brasilianische Seite, dass großer Druck durch die Zivilgesellschaft notwendig sei, um Institutionen überhaupt zu verändern und um echte Demokratie zu erzwingen. Neben „good governance“ und einer vertieften, partizipativen „bottom-up“-Demokratie sind daher auch starke und kompetente nichtstaatliche Organisationen sowie gelebte alternative Praktiken in Gemeinschaften nötig. Dabei werden mit dem Begriff „Gemeinschaften“ un-

Das Entwicklungsparadox

Die Frage, wie sich natürliche Ressourcen zum Wohle aller nutzen lassen, spielt sowohl in nationaler als auch in globaler Perspektive eine wichtige Rolle. Leonard Chiti aus Sambia beschreibt das Entwicklungsparadox mit folgender Analogie: Stell' dir vor, du sitzt auf einem Berg aus Gold und verhungerst. Er spielt damit auf die Tatsache an, dass in vielen rohstoffreichen Ländern weite Teile der Bevölkerung von diesem Rohstoffreichtum nicht profitieren, sondern in großer Armut leben. Ferdinand Muhigirwa belegt dies für den Fall der Demokratischen Republik Kongo mit frappierenden Zahlen. Obwohl sein Land über die weltgrößten Vorräte an Kobalt und Industriediamanten verfügt, nimmt es im Human Development Index den letzten von 187 Plätzen ein.

Auch Brasilien, das wegen seines landwirtschaftlichen Potenzials als „Kornkammer“ der Welt gilt, gelingt es

nicht, seine eigene Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen und aus der Armut zu befreien. Mindestens 30 Millionen Brasilianer, so der Soziologe Cândido Grzybowski, müssen mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen. Als Ursache identifizieren sowohl Muhigirwa als auch Grzybowski die zu rasche Einführung marktwirtschaftlicher Systeme, die mit einer Abtretung wesentlicher Wirtschaftsbereiche an ausländische Investoren einherging. Außerdem machen sie die nationale Veruntreuung von Geldern durch Vetternwirtschaft und Korruption für die fehlende Weiterverteilung verantwortlich. Beide wünschen sich für ihr Land eine maßvolle Integration in den globalen Markt, die der lokalen Bevölkerung die Gelegenheit gibt, diesen Schritt mitzuvollziehen. Wichtig sei außerdem, bei der Nutzung natürlicher Ressourcen zu beachten, dass die Natur endlich ist und somit nachhaltig bewirtschaftet werden muss.

Buen Vivir als Anstoß zu einem Mentalitäts- und Strukturwandel

Ein Gespräch mit der kolumbianischen Entwicklungssoziologin Prof. Dr. Olga Lucía Castillo

terschiedliche Konzepte verbunden. Handelt es sich um regionale Territorien wie in Brasilien und Kolumbien? Oder handelt es sich um sich überlappende Gemeinschaften, bei denen jeder Bürger Mitglied in verschiedenen Gruppen sein kann? Grundsätzlich bergen starke Gemeinschaftsstrukturen die Gefahr des Ausschlusses Einzelner. Vor allem werden sie aber als Ort gesehen, an dem Lebensqualität verwirklicht wird und der Fokus auf immateriellen Werten liegt. Die Stärkung alternativer Gemeinschaften wird darüber hinaus auch als Chance gesehen, die Vielfalt der Kulturen und Lebensstile zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Gemeinwohlbegriff zwar facettenreich, dabei aber interkulturell anschlussfähig ist. Ein länder- und kulturenübergreifender Grundkonsens besteht darin, dass die Wirtschaft in die Gesellschaft eingebettet und die ökologischen Grenzen respektiert werden müssen. Als maßgeblich für die Umsetzung des Gemeinwohls haben sich lokale wie globale Bürgerbewegungen erwiesen, die auf unterschiedlich geprägten Gemeinschaften gründen. | |



Katharina Hirschbrunn, ist Volkswirtin und wiss. Mitarbeiterin im Projekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ am Institut für Gesellschaftspolitik, München.



Verena Risse, Juristin und Philosophin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“.

Die Soziologin Olga Lucía Castillo hat an der Nationalen Universität Kolumbiens ihren Master in Statistik gemacht und an der Cardiff University in Großbritannien einen Doktorgrad in Entwicklungsstudien erworben. Sie ist Professorin am Fachbereich für Ländliche und Regionale Entwicklung der Universidad Javeriana in Bogotá, Kolumbien. Sie forscht und lehrt dort über nachhaltige Entwicklung und die Geopolitik der Energie.

In Diskussionen über Alternativen zum westlichen Wirtschaftsmodell wird häufig auf das andine Konzept des „Buen Vivir“ verwiesen. Was ist darunter zu verstehen?

Zunächst einmal: „Buen Vivir“ ist kein neues Entwicklungsmodell. Viele indigene Sprachen verfügen über keine Entsprechung zu den Begriffen „Entwicklung“ oder „Fortschritt“, wie sie gemeinhin im sozio-ökonomischen und geopolitischen Zusammenhang der westlichen Kultur vorkommen. Wenn wir das, worauf sich indigene Gemeinschaften besonders aus dem Andenhochland mit dem Quechua-Begriff „Sumak Kawsay“ beziehen, ins Spanische übersetzen, versuchen wir, eine komplexe und grundlegend andere Art des Weltverständnisses zu begreifen und zu benennen. Wenn wir aber akzeptieren, dass solche anderen Formen, die Welt und unsere Position darin zu verstehen, existieren, müssen wir auch akzeptieren, dass unsere Art, Wissen zu erwerben und zu bewerten, nicht alternativlos ist. Was wir mit „Buen Vivir“ bezeichnen, ist deshalb zuallererst eine andere Weltanschauung und eine andere Erkenntnistheorie. Es ist eine Herausforderung, andere Wahrnehmungen zuzulassen, in denen zum Beispiel unser Entwicklungsverständnis keinen Ort hat. Darüber hinaus ist „Buen Vivir“ auch der Ausdruck eines gelebten Widerstands, mit dem es indigenen Gemeinschaften gelungen ist, ihr traditionelles Wissen während der vergangenen 500 Jahre zu bewahren.

Was sind denn die Grundlinien dieser Weltanschauung, dieses Angebots von „Gutem Leben“?

Der entscheidende Punkt, auf den die Befürworter von „Buen Vivir“ abzielen, ist die Überwindung klassischer Unterscheidungen und



Foto: privat

Prof. Dr. Olga Lucía Castillo,
olga.castillo@javeriana.edu.co

Trennungen, die Bestandteil der westlichen Wahrnehmung und des westlichen Wissens sind. Unser westliches Wissenschaftsverständnis ist auf solchen Dichotomien aufgebaut – beispielsweise auf der Trennung zwischen Natur und Gesellschaft. „Buen Vivir“ lädt dazu ein, diese Sichtweise zu überwinden: Natur und Gesellschaft beinhalten sich wechselseitig und sind untrennbar. Die Natur muss als Subjekt betrachtet werden und damit auch als Trägerin von Rechten.

Noch eine Ebene tiefer stellt die Weltanschauung, die hinter „Buen Vivir“ steht, die Trennung zwischen Subjekt und Objekt selbst in Frage. „Anschauung“ umfasst mehr als nur den Akt des Sehens im engeren Sinne. Sie ist zugleich auch ein Denken, Fühlen, Verstehen und Wissen. Eine Weltanschauung, die denkt, weiß und fühlt, lässt auch unsere Gefühle am Erwerb von Wissen teilhaben – und fordert damit die Grundsätze wissenschaftlicher Rationalität heraus.

Kann eine so grundverschiedene Weltanschauung dabei helfen, die zerstörerischen Produktions- und Konsummuster in unseren Gesellschaften zu überwinden und einen Beitrag zu einem Weltgemeinwohl zu leisten?

Das weltanschauliche Fundament von „Buen Vivir“ ist dem dominierenden Modell von Wissen und Wissenschaft diametral entgegengesetzt. Denn Erkenntnis beruht nicht auf



Indigene Konzepte lehnen die Unterwerfung und Ausbeutung der Natur ab. Indiofrau mit Kind in Peru.

Viele Länder – darunter Bolivien und Ecuador, die „Buen Vivir“ in die Verfassung aufgenommen haben – sehen sich vor einer schwierigen Alternative: entweder wirtschaftliche und soziale Entwicklung oder ökologische Nachhaltigkeit. Steckt „Buen Vivir“ nicht auch in diesem Dilemma?

Das Dilemma zwischen Entwicklung und Nachhaltigkeit besteht nur, wenn Entwicklung als Äquivalent von Wirtschaftswachstum verstanden wird. Um dieses scheinbare Dilemma zu entschärfen, haben die Vereinten Nationen auf der Weltumweltkonferenz 1992 den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ eingeführt. Als Teil des entwicklungspolitischen Mainstreams dient „Nachhaltigkeit“ seither dazu, die weiterhin fortbestehende Agenda ungebremsen Wirtschaftswachstums grün zu waschen. Das ursprüngliche Verständnis von nachhaltiger Entwicklung stellte hingegen die kritische Frage nach dem Wesen der Entwicklung, die Gesellschaften erreichen sollen: Produktionsprozesse und Konsummuster sollten überdacht werden. Die Reduktion von Konsum, Produktion und ökonomischer Wachstumsdynamik war zunächst als Grundlage für eine respektvolle, sorgende und wechselseitige Beziehung mit der Natur im Nachhaltigkeitsverständnis mitgedacht – alles Elemente, die auch für „Buen Vivir“ zentral sind.

Allerdings teilen alle Initiativen, die sich an Überlegungen und Aktivitäten des Strukturwandels heranwagen, die Erfahrung, auf Widerstände zu stoßen. Auf nationaler Ebene, wie im Fall von Bolivien und Ecuador, machen solche Initiativen rasch die Bekanntheit mit heftigem Widerstand. Die Grenzen, an die sie stoßen, sind den Machtverhältnissen im Land geschuldet, die das bestehende System stützen. Um Weltanschauungen zu verändern und Strukturwandel herbeizuführen, sind zahlreiche jener kleinen Erfahrungen weltweit nötig, die in ihren Praktiken und ihren Erzählungen neue Weisen integrieren, sich als Teil des Kosmos zu verstehen. Doch wird das nicht ohne Bruch erfolgen, weil es immer auch Gruppen gibt, die jedem Wandel erheblichen Widerstand entgegensetzen. | |

Das Gespräch führte **Georg Stoll**, Misereor.

Trennung, sondern auf Einigung, auf Inklusion. Auf dieser Grundlage kann „Buen Vivir“ auf der theoretischen und auf der praktischen Ebene Alternativen im globalen Maßstab anbieten. Genauso, wie das vorherrschende Modell die weltweit akzeptierten Formen der Produktion und der Reproduktion der Gesellschaften hervorgebracht hat, deren Ambivalenz und Selbsterstörungspotenzial heute offenkundig sind, würde „Buen Vivir“ ein Aussetzen dieser destruktiven und ausbeuterischen Produktion mit sich bringen. Gegenwärtig dient diese Produktion ja vorgeblich der Befriedigung ständig steigender Konsumstandards, die sich nicht nur als „Notwendigkeiten“ verselbstständigt haben, sondern auch dargestellt werden, als wären sie Bestandteil des menschlichen Wesens und somit unausweichlich: Sie erscheinen als unantastbar für jede Diskussion oder Aktion.

Die herrschende ökonomische Theorie folgt dem kartesischen Paradigma des Menschen als „Eigentümer und Beherrscher der Natur“. Sie versteht die Natur als etwas, das der menschlichen Geschichte äußerlich ist. „Buen Vivir“ hingegen vereint Natur und Geschichte. Das ist ein grundlegend anderes Verständnis von Erkenntnis. Das moderne Denken rühmt sich der Errungenschaft, die Natur aus der Geschichte vertrieben zu haben. Von allen menschlichen Gesellschaften hat die moderne Gesellschaft als einzige einen solchen Tatbestand geschaffen. Das hatte Konsequenzen. Heute wird die Rechnung dafür präsentiert.

Wenn wir hingegen verstehen, dass wir als Menschen Teil eines Ganzen sind, und wir nicht davon abgetrennt sind, um über „den Rest“ zu herrschen, verpflichten wir uns auf eine neue Form der Beziehung zu uns selbst als Menschen und zu den anderen Elementen der natürlichen Mitwelt.

Zahlreiche Gemeinschaften in Afrika, Asien, Polynesien und anderswo halten bis heute an althergebrachten Praktiken fest, die auf dem Boden eines tiefen Respekts und einer Beziehung der Gegenseitigkeit gegenüber der natürlichen Mitwelt stehen. So wird etwa die Erlaubnis erbeten, natürliche Ressourcen für das eigene Wohl zu entnehmen, und der Dank dafür ausgedrückt. Ein anderes Beispiel sind Praktiken insbesondere in ländlichen Regionen, die eine auf Dauer angelegte Beziehung wechselseitiger Sorge zum Ausdruck bringen: Man trägt Sorge für die natürliche Mitwelt und weiß sich von ihr getragen.

Doch solche Anknüpfungspunkte für die Weltanschauung des „Buen Vivir“ gibt es nicht nur in indigenen oder ländlichen Gemeinschaften. Auch im akademischen Bereich werden inzwischen zahlreiche Vorschläge erarbeitet, die in dieselbe Richtung zielen: Überlegungen zu Postwachstum und Postentwicklung (s. S. 13) ebenso wie die Suche nach Indikatoren für Glück und Zufriedenheit etwa in einem Land wie dem buddhistischen Bhutan.

Postwachstumsgesellschaft

Die Emanzipation von Wachstumswängen dient dem Gemeinwohl – auch in Schwellen- und Entwicklungsländern

| Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

Ständiges ökonomisches Wachstum gibt es erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Wiederaufbau, günstiges Erdöl sowie das Konsummodell der USA waren die wesentlichen Impulse für den enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Doch seit einigen Jahrzehnten sinken die Wachstumsraten in den westlichen Ländern. Es verbreitet sich – wenn auch langsam – die Einsicht, dass künftig mit niedrigen und stagnierenden Wachstumsraten, wenn nicht gar mit Schrumpfung zu rechnen ist. Parallel dazu entwickelt sich seit einigen Jahren eine neue wachstumskritische gesellschaftliche Diskussion.

Nach der engagierten Thematisierung der „Grenzen des Wachstums“ Anfang der 1970er Jahre beruht die neuerliche Wachstumskritik auf Entwicklungen in den hochentwickelten Industrieländern wie auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern:

- Die Hoffnungen auf Wachstum als vielseitigem Problemlöser erfüllen sich vor allem in den Industrieländern nicht (mehr). Trotz Wachstum stagnieren oder sinken Wohlstand und Glück. Die Arbeitslosigkeit steigt in den meisten Ländern (oder geht – wie in Deutschland – nur wegen Millionen von prekären Arbeitsverhältnissen zurück). Die sozialen Ungleichheiten und die Staatsverschuldung nehmen in fast allen OECD-Ländern zu. Die aktuelle, nun seit über fünf Jahren andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt die Skepsis gegenüber dem Wachstumsmodell.
- Der Bedarf an Infrastruktur und Konsumgütern ist in den Industrieländern zu einem hohen Grad befriedigt, die Abhängigkeit von staatlichen Impulsen zur Wachstumsbelebung steigt, aber die finanziellen Mittel dafür fehlen und eine weitere Verschuldung stößt an Grenzen. Schließlich schwächen auch demografische Alterung und Bevölkerungsrückgang das Wachstum.

Foto: Twaize (CC BY-NC-ND 2.0)



Demonstration während der Klimakonferenz in Kopenhagen, 2009.

- Wirtschaftswachstum verursacht ökologische Probleme und verhindert ihre Lösung. Diese Probleme betreffen Industrieländer wie auch Entwicklungs- und Schwellenländer. Beispiele für diese Probleme sind Rohstoffausbeutung und ihre ökologischen Effekte, Klimawandel sowie Überfischung. Maßnahmen zur Behebung der ökologischen Probleme werden national wie international kaum ergriffen, weil dies das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen könnte. Deutlich wurde dies etwa bei den aktuellen Interventionen der Bundesregierung auf EU-Ebene, mit denen sie die Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Automobile hinauszögern will. Davon profitieren Mercedes und BMW, deren Wachstumsstrategien somit politisch unterstützt werden.
- Bei der Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 hat sich die Weltgemeinschaft auf das Ziel der Nachhaltigkeit als generationenübergreifender und weltweiter Gerechtigkeit verpflichtet. Dies beinhaltet, dass die weltweit verfügbaren Ressourcen einerseits und die Aufnahmekapazität der Erde für Schadstoffe und Abfälle andererseits gerecht zu nutzen sind. Angesichts der ökologischen Probleme und von Hunger und Armut besteht Konsens, dass

Schwellen- und Entwicklungsländer Chancen und Mittel bekommen müssen, um sich wirtschaftlich zu entwickeln, damit für alle ein Leben in Würde möglich ist. Entsprechend müssen die Länder im Norden ihre Inanspruchnahme der Weltressourcen bis 2050 um rund 90 Prozent gegenüber 1990 reduzieren – dies steht allerdings ihren Wachstumszielen und -abhängigkeiten entgegen.

| Aktuelle Antworten auf Wachstumsschwäche und -kritik

Üblicherweise wird auf die oben genannten Herausforderungen mit „business as usual“, das heißt mit Fortsetzung des Wachstumskurses, und – etwas fortschrittlicher – mit der Idee des „grünen Wachstums“ reagiert.

• Business as usual

Diese Strategie besteht unter anderem darin, die Rohstoffausbeutung fortzusetzen – und dies mit der zweckoptimistischen Behauptung, es gäbe ausreichend Lagerstätten, und mit dem Verweis auf neue Technologien (zum Beispiel Fracking oder Ressourcenab-

Was kennzeichnet eine Postwachstumsgesellschaft?

Eine Postwachstumsgesellschaft ist nicht existenziell auf Wirtschaftswachstum angewiesen, Wirtschaftswachstum ist kein Imperativ und Selbstzweck und nicht weiter dominierendes Paradigma von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Eine Postwachstumsgesellschaft zeichnet sich dreifach aus:

1. Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt;
2. Wachstumsabhängige und wachstumstreibende Bereiche, Institutionen und Strukturen werden umgebaut, so dass sie von Wirtschaftswachstum unabhängig sind;
3. Das Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch inklusive Fläche und Biodiversität wird gestoppt und der Verbrauch entsprechend den Nachhaltigkeitszielen zurückgefahren.

In einer Postwachstumsgesellschaft, insbesondere während der Transformation, werden einzelne Bereiche wachsen, andere werden schrumpfen, so wie dies bei jeder Entwicklung und bei jedem Strukturwandel der Fall ist. Insgesamt aber ist eine Postwachstumsgesellschaft unabhängig von Wirtschaftswachstum, sie verfügt über einen volkswirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der diese Unabhängigkeit sichert und eine entsprechende Gestaltung von Wachstums- wie Schrumpfungprozessen ermöglicht.

Aus: Seidl, I., Zahrnt, A. (2010). Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, S. 34. Marburg: Metropol

bau in der Tiefsee). Auf den demografischen Wandel im Norden wird mit verlängerten Lebensarbeitszeiten und einer gezielte Zuwanderungspolitik reagiert oder auch mit einem Ausbau des familiennahen Dienstleistungsbereiches, der das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen freisetzen soll. Gesättigte Märkte versucht man durch geplanten Verschleiß, Werbung, Moden und der Erschließung neuer „growing markets“ in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu begegnen. Diese „aufstrebenden Märkte“ betreffen vor allem die dortige Infrastruktur und die Konsumbe-

Experimentieren mit neuen Lebensstilen:
 „Urban Gardening“ in Offenbach (rechts), „Urban Farming“ in San Francisco (ganz rechts) und ein „Garten für alle“ in Würzburg (unten).

dürfnisse der Mittel- und Oberschicht. Auch Gesundheit und Bildung gelten als wachsende Märkte, die mit privaten Investitionen erschlossen werden – anstatt eine öffentliche Versorgung aufzubauen. Selbst Nachhaltigkeitsfonds aus dem Norden sehen in dieser Entwicklung große Investitionschancen.

Die Wachstumspolitiken in Schwellen- und Entwicklungsländern sind in der Regel pauschal auf hohe Wachstumsraten ausgerichtet, ohne Orientierung, Ziele und Wirkungen des Wachstums kritisch zu hinterfragen. So verdanken viele stark wachsende Länder in Südamerika und Afrika ihr Wachstum im Wesentlichen der Rohstoffextraktion und dem Rohstoffexport. Indien wächst sehr kapitalintensiv, was verhindert, dass die breiten Massen am Wachstum partizipieren. In China sind die externen Kosten des Wachstums so hoch wie das Wachstum selbst. Weil sich inzwischen auch China zu einer forcierten Wachstumspolitik veranlasst sieht, um die aktuelle Wachstumsschwäche zu überwinden, plant die Regierung, 450 Millionen Personen bis 2025 vom Land in neu zu bauende Städte umzusiedeln. So sollen der Bausektor und die interne Nachfrage nach Konsumgütern angekurbelt werden.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass Schwellen- und Entwicklungsländern der längerfristige ökonomische Erfolg versagt bleiben könnte, wenn sie den westlichen Wachstumsmodellen folgen. Denn die ökologischen Ressourcen werden knapp und teuer und auch viele Schwellen- und Entwicklungsländer stehen vor einem demografischen Wandel – bereits 80 Länder haben Geburtenraten unterhalb der Reproduktionsrate. Hinzu kommt, dass viele dieser Länder kein Netz sozialer Absicherung und Umverteilung haben, so dass die sozialen Unterschiede trotz oder wegen des Wachstums oftmals zunehmen.

• Grünes Wachstum

Dieser Ansatz ist in vielen Ländern seit der Finanzkrise en vogue. Auf diese Weise soll Wirtschaftswachstum gesichert beziehungsweise die Krise überwunden werden – bei gleichzeitigem Erhalt ökologischer Ressourcen und Dienstleistungen sowie der Steigerung von Wohlstand. Voraussetzung dafür



seien eine Stärkung der „Umweltindustrie“, Effizienzmaßnahmen und Forschung sowie eine entsprechende Ausrichtung von ökonomischen Strategien und öffentlichen Politiken.

Bei dem Konzept des grünen Wachstums ist fraglich, ob die Effizienzsteigerungen hoch genug sein werden, um die ökologischen Ziele realisieren zu können. Stieg bislang beispielsweise in Deutschland die Ressourcenproduktivität jährlich um 1,5 Prozent, so ist für die nächsten 40 Jahre eine Zuwachsrate von 4 Prozent pro Jahr nötig (bei einem Wirtschaftswachstum von 1 Prozent), um die europäischen Klimaziele zu erreichen und den Ressourcenverbrauch auf ein nachhaltiges Niveau zu begrenzen. Hinzu kommen Rebound-Effekte: Werden Geräte effizienter und sparsamer, so entsteht ein Anreiz, sie häufiger zu nutzen. Dadurch werden die Effekte von Effizienzsteigerungen reduziert.

Dies bestätigt eine Erkenntnis von Rio 1992, dass die Konsum- und Lebensstile des Nordens nicht weltweit verallgemeinerbar sind und sich folglich ändern müssen. Die Slogans der Entwicklungshilfeorganisationen in den 1980er und 1990er Jahren „Entwicklung im Norden ist nötig“ und „Entwicklung muss bei uns beginnen“ gelten weiterhin. Nötig sind neben Effizienz auch Suffizienz und die Abkehr vom Wachstumsdogma, wenn das Weltgemeinwohl erreicht werden soll.



Foto: Spiegelneuronen (CC BY-NC-SA 2.0)

| Von der Wachstumskritik zur Überwindung der Wachstumsabhängigkeit

Nach der Konferenz von Rio erarbeiteten nichtstaatliche Organisationen in Deutschland und anderen Industriestaaten – und von dort ausgehend auch in Entwicklungsländern – konkrete Vorschläge für eine Politik zukunftsfähiger Entwicklung zugunsten des Weltgemeinwohls. In der Bundesrepublik waren dies die Umweltorganisation BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und das katholische Entwicklungshilfswerk Misereor zusammen mit dem Wuppertal Institut mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996). Die Wachstumsfrage stand damals nicht im Zentrum: Man war überzeugt, es sei nun klar, dass die ökologischen Grenzen eingehalten werden müssten und das Wirtschaftswachstum als prioritäres Ziel ausgedient habe. Doch tatsächlich behielt es weiterhin Vorrang in Politik und Gesellschaft. Folgerichtig wurde in der zweiten Studie von 2008 der Wachstumsfrage größere Bedeutung beigemessen.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 wurden die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum und die ökologischen, finanziellen und sozialen Folgen des Wachstumskurses besonders deutlich. Ein Beitrag zur aktuellen Wachstumskritik ist das Konzept der Postwachstumsgesellschaft (s. Kasten S. 14). Grundlage ist die Analyse, warum westliche Industriestaaten so fixiert auf das Wachstumsziel sind: Zentrale ge-



Foto: edibleoffice (CC BY-NC-SA 2.0)



Foto: Emily Staubert (CC BY 2.0)

sellschaftliche Bereiche sind existentiell auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Um diese Bereiche funktionsfähig zu erhalten, fordern und verfolgen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Wirtschaftswachstum. Von ihm abhängig sind die soziale Absicherung – vor allem im Alter und im Krankheitsfall –, der Arbeitsmarkt, der Konsumbereich, zahlreiche Unternehmen, die Banken und Finanzmärkte, der Staatshaushalt und die soziale Verteilung. Die gesellschaftlichen Institutionen und Systeme hierfür wurden in einer Zeit starken Wirtschaftswachstums entwickelt,

Transition Town

Unter diesem Stichwort tun sich seit einigen Jahren Menschen in Städten zusammen, um gemeinsam alltagsfähige Alternativen zu einem Lebensstil zu entwickeln, der offensichtlich nicht ohne Umweltzerstörung, rücksichtslosen Ressourcenverbrauch und ungerechte Wirtschaftsbeziehungen funktioniert.

Das Anlegen von Stadtgärten ist meist eine der Hauptaktivitäten. Unter Einbeziehung der Nachbarschaft werden auf urbanen Brachflächen Gemüse und Blumen gepflanzt, die öffentlich genutzt werden können. Die Gärten dienen zugleich als Orte der Begegnung, des Feierns und des Lernens (zum Beispiel für Schulklassen). Sie sind aber auch ein Stück Natur, das zwischen Supermärkten und Fast-Food-Ketten an den Ursprung unserer Lebens-Mittel erinnert.

Die lokalen Gruppen sind eigenständig und beschränken sich nicht aufs Gärtnern: In Reparatur-Cafés werden Alltagsgegenstände unter fachkundiger Anleitung repariert, statt sie beim ersten Defekt durch neue zu ersetzen. In Tauschbörsen finden Kleidung, Möbel und andere Gegenstände ihre zweiten oder dritten Eigentümer. Und beim „Containern“ suchen Gruppen in den Müllcontainern der Wohlstandsgesellschaft nach brauchbaren Lebensmitteln.

Daneben spielen die Vernetzung mit verwandten Initiativen und der kommunalpolitische Dialog eine wichtige Rolle. Denn es geht den Transition-Townern nicht um Freizeitgestaltung, sondern um einen tiefgreifenden Kulturwandel, dessen Notwendigkeit wahrgenommen wird, ohne dass schon in allen Einzelheiten erkennbar wäre, wie er aussehen könnte: „Für jeden erlebbar machen, dass ein „gutes Leben“ mit vermeintlich Weniger sehr bereichernd sein kann“, so formuliert die Transition Town Gruppe in Aachen dieses Ziel (www.transition-aachen.de/was-ist-transition/).

Georg Stoll

Vorsorgendes Wirtschaften

Vorsorgendes Wirtschaften steht für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise, die die ökologische und die soziale Perspektive integriert. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, dass jedes Wirtschaftssystem auf ökologische Prozesse und auf sorgende Aktivitäten angewiesen ist. Geprägt wird das Vorsorgende Wirtschaften von drei Prinzipien: Vorsorge, Kooperation und die Orientierung am (guten) Leben. Sie lassen die Orientierung an Konkurrenz und monetären Marktgrößen zurücktreten.

Das „Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften“ geht auf eine Initiative aus dem Jahr 1992 zurück. Es ist eine Vereinigung von deutschsprachigen Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen, die sich für eine sozial und ökologisch orientierte Wirtschaftsweise engagieren. Die Wissenschaftlerinnen kommen aus verschiedenen Disziplinen (wie Ökonomie, Haushaltswissenschaften, Soziologie, Politikwissenschaften, Stadtplanung), die Praktikerinnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (von Hauswirtschaft und Sozialwirtschaft bis zu Kunst und Architektur). Das interdisziplinäre theoretische und empirische Wissen und die vielfältigen praktischen Kenntnisse und Tätigkeiten fließen in die gemeinsamen Projekte und Veröffentlichungen ein.

Einen guten Überblick über die Arbeit des Netzwerks und das Konzept Vorsorgenden Wirtschaftens in verschiedenen Lebens- und Praxisbereichen geben die folgenden Publikationen.

- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.) (2013). **Wege Vorsorgenden Wirtschaftens**, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Adelheid Biesecker, Maite Mathes, Susanne Schön & Babette Scurrall (Hg.) (2000). **Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens**, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Christiane Busch-Lüty, Maren A. Jochimsen, Ulrike Knobloch & Irmis Seidl (Hg.) (1994). **Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit**, Politische Ökologie, Sonderheft 6, München: oekom.

Weitere Informationen:

www.vorsorgendeswirtschaften.de

Dr. Ulrike Knobloch,
Universität Freiburg, Schweiz

Foto: Almuth Schaubert / Misereor



in dem Glauben, das Wirtschaftswachstum hielte für immer an. Dies hat sich nicht bestätigt, so dass eine Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft notwendig ist.

| Gesellschaftliche Bewegungen und Akteure

Inzwischen gibt es verschiedene Bewegungen, die sich der Wachstumskritik anschließen oder sich vom Wachstumszwang emanzipieren wollen. Beispiele sind: degrowth, transition towns (s. S. 15), repair, do-it-yourself. Auch besteht eine verbreitete gesellschaftliche Skepsis gegenüber Wachstum: Eine Umfrage von Emnid von 2010 hat ergeben, dass sich 61 Prozent der Bevölkerung keinen persönlichen Vorteil von weiterem Wirtschaftswachstum versprechen, wengleich 90 Prozent ein weiteres Wachstum gesellschaftlich für notwendig halten. Gleichzeitig geht man in Unternehmenskreisen zunehmend davon aus, dass die künftigen Wachstumsraten hierzulande gering sein werden. Zusätzlich verstärken der Zusammenbruch des schuldengetriebenen Wachstumskurses in den südeuropäischen Ländern und die inzwischen lange Rezession die Zweifel am Wachstumsparadigma.

In unseren Augen muss die Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft in den einzelnen wachstumsabhängigen Bereichen beginnen. Denn erst wenn diese Bereiche wachstumsunabhängig werden, wird die Politik ihre Wachstumsorientierung aufgeben.

Ansatzpunkte für eine Umgestaltung gibt es durchaus: Damit nicht weiter wegen des Arbeitsmarkts Wachstum angekurbelt wird, müssen Steuern und Abgaben auf Arbeit reduziert werden; die Steuern und Abgaben auf den Einsatz von Ressourcen müssen hingegen erhöht werden. Darüber hinaus gilt es, die Arbeitszeit zu reduzieren, Teilzeit und informelle Arbeit zu fördern, die lebenspraktische Qualifikation zu verbessern, um gegenüber dem Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen unabhängiger und flexibler zu werden und regionale Kreisläufe aufzubauen. Im Konsumbereich geht es um weniger Konsum, gemeinsame Nutzung, reparierbares und langlebiges Design, ressourcenschonende Produktionsprozesse, Selbermachen und Reparieren. Bewegungen wie die Commonisten, die Repair Revolution, die Urban Gardening-Bewegung experimentieren mit neuen Lebensstilen. Weiter gibt es Unternehmensformen, die nicht oder wenig zu Wachstumszwang führen, wie etwa Stiftungen und Genossenschaften. Kleine, regionale und größere Unternehmen mit geschickter Nischenbildung können sich ebenso dem Wachstumsdruck entziehen.

Manche dieser Ansätze (weniger Konsum, weniger Arbeitsteilung, mehr Arbeit statt Ressourceneinsatz, weniger Individualisierung) waren früher in Gesellschaften des Nordens verbreitet und sind es in vielen Gesellschaften des Südens noch heute. Um solche traditionellen und ebenso entsprechende moderne Ansätze zu verstärken, ist die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure wichtig – von

Arbeiter auf einer chinesischen Großbaustelle. Der Traum vom Lebensstandard auf dem materiellen Niveau der Industrieländer ist ein ökologischer Alptraum.

der lokalen bis zur internationalen Ebene. Ein solcher Anlass wird die Degrowth-Konferenz in Leipzig im September 2014 sein.

| Bedeutung für Schwellen- und Entwicklungsländer

Von einer Postwachstumsgesellschaft lässt sich gemäß unserer Definition dann sprechen, wenn keine allgemeine Politik der Wachstumsförderung stattfindet, wachstumsabhängige Systeme und Institutionen umgebaut werden und die Umwelt nur gemäß den Nachhaltigkeitszielen genutzt wird. Damit zielt eine Postwachstumsgesellschaft auch auf das Weltgemeinwohl, wenngleich zweifellos bei der Transformation in den Industrieländern zu beachten ist, dass hierdurch neue Probleme im Süden entstehen können – so brechen etwa bei einer geringeren Ressourcennutzung im Norden Einnahmen des Südens weg.

Das Konzept der Postwachstumsgesellschaft fordert kein Wachstumsverbot, richtet sich aber gegen ein Wachstumsgebot. Auch wegen dieser Offenheit gegenüber Wachstum ist das Konzept für Schwellen- und Entwicklungsländer relevant, die Mühe haben, mit Wachstumseinbrüchen umzugehen, und darum Wachstum forcieren. Zudem sind sie da-

bei, Wachstumsabhängigkeiten in ihre Strukturen einzubauen, etwa indem sie eine private Altersvorsorge auf Kapitalmärkten aufbauen. Die wachstumskritische Diskussion in den reichen Industrieländern zu der Frage, ob in Schwellen- und Entwicklungsländern uneingeschränkt Wachstum wünschenswert ist und welche Art von Wachstum stattfinden soll, lenkt den Blick darauf, dass auch diese Länder mindestens mittelfristig an Wachstumsgrenzen stoßen werden und gut daran tun, keine Wachstumszwänge in ihre Systeme einzubauen.

Zugleich relativiert die Diskussion das westliche Wachstumsmodell, das nun sein wahres Gesicht von Krisenanfälligkeit und Nichtnachhaltigkeit zeigt. Und sie aktiviert eine Zivilgesellschaft, die neue politische Strukturen und Demokratiemodelle, neue ökonomische Ansätze wie zum Beispiel den der Kooperativen Ökonomie, und neue Lebensstile entwickelt. Modelle von Wirtschaft und Gesellschaft, die sich von der primären Zielsetzung des Wirtschaftswachstums lösen, können auch Entwicklungs- und Schwellenländer zu diesem Schritt ermutigen. Lebensstile in den Industriestaaten, die weniger materiell orientiert sind und kulturellen und sozialen Werten mehr Bedeutung beimessen,

können dazu beitragen, dass Schwellen- und Entwicklungsländer die westlichen Konsumstile mit ihrem gewaltigen Ressourcenverbrauch nicht unkritisch übernehmen, sondern nach eigenen Wegen suchen.

Eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in den Industriestaaten, die die ökologischen Grenzen der Belastbarkeit respektiert und dem Postulat weltweiter und generationenübergreifender Gerechtigkeit entspricht, ist also ein Beitrag zum Weltgemeinwohl: zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, für weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich und zu einer möglichst friedfertigen Welt.

Literatur:

BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.). (2009). **Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.** Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

BUND, Misereor (Hg.). (1996). **Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung.** Basel: Birkhäuser.

FDCL, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.). (2012). **Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika.** Berlin
Seidl, I., Zahrnt, A. (2012). **Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller wachstumskritischer Diskussionen.** Ethik und Gesellschaft(1). www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Seidl_Zahrnt.pdf

Postwachstum: Literatur, Homepages und eine Konferenz

Literatur

Jackson, Tim (2011). **Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt.** München: oekom Verlag.

Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010). **Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft.** Marburg: Metropolis.

Paech, Niko (2012). **Befreiung vom Überfluss – Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.** München: oekom Verlag.

Binswanger, Hans-Christoph (2009). **Vorwärts zur Mäßigung: Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft.** 2. Aufl. Hamburg: Murmann Verlag GmbH.

Internationale Konferenz zu Wachstumskritik

Die vierte internationale „Degrowth“-Konferenz findet vom 2. bis 6. September 2014 in Leipzig statt. Die Organisatoren erwarten 500 bis 1000 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis. <http://leipzig.degrowth.org>

Homepages

Deutsche Seite zu Postwachstum: www.degrowth.de
DFG-Forschungskolleg in Jena: www.kolleg-postwachstum.de
Internationale degrowth-Seite: www.degrowth.org
Vernetzungsseiten: wachstumswende.de
solidarische-oekonomie.de
transitionnetwork.org



Dr. Irmi Seidl ist Ökonomin und leitet eine Forschungseinheit an der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL bei Zürich.



Prof. Dr. Angelika Zahrnt ist Ökonomin und Ehrenvorsitzende des BUND.

Pro

Ohne Wachstum keine Lösung globaler Probleme

| Judith Skudelny

Was ist Wachstum? Brauchen wir Wachstum überhaupt? Wenn ja, wie viel ist gut oder schädlich? An Begriff und Zweck scheiden sich seit jeher die Geister. Als Mitglied der kürzlich abgeschlossenen Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages habe ich mich intensiv mit den verschiedenen Facetten von Wachstum auseinandergesetzt – mit dem Wachstum in Deutschland und Europa und auch mit dem globalen Wachstum.



Judith Skudelny,
FDP, war Mitglied der
Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand
und Lebensqualität“
und ist Rechtsanwältin.

Derzeit leben 7,2 Milliarden Menschen auf der Erde. Bis 2050 wird diese Zahl auf rund 10 Milliarden anwachsen. Diese Menschen müssen ernährt und ausgebildet werden, wohnen und soziale Teilhabe erfahren. Um sie zu versorgen, werden wir auf globaler Ebene quantitatives Wachstum haben. Alles, was Menschen zum Leben brauchen, wird in größerem Umfang produziert oder bereitgestellt werden müssen. Damit wird auch die Zahl der Arbeitsplätze zunehmen und das Bruttosozialprodukt steigen. Die Frage ist, auf welchem technischen Stand dieses Wachstum erfolgt und welche Länder in der Lage sind, innovative und effiziente Ideen sowie entsprechende Techniken und Verfahren zu entwickeln.

Unsere nationale Lage unterscheidet sich von der anderer Länder. Wir befinden uns auf einer sehr hohen Entwicklungsstufe, unterliegen aber dem demografischen Wandel. Die Gesellschaft wird immer älter: Bis 2030 wird das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung von derzeit 43 auf 47 Jahre steigen. Vollkommen anders verhält es sich beispielsweise in Nigeria: Dort sind rund 44 Prozent der Menschen unter 14 Jahre alt. Bis 2050 wird der deutsche Anteil an der Weltbevölkerung auf 0,8 Prozent schrumpfen. Zum einen, weil die Weltbevölkerung weiter ansteigen wird. Gleichzeitig sinkt jedoch die Bevölkerungszahl in Deutschland. Und die Menschen sind zudem im Schnitt älter. Marktstudien zeigen, dass ältere Menschen deutlich weniger konsumieren, zugleich sinkt die Zahl der Konsumenten insgesamt. Aus diesem Grund wird in Deutschland das quantitative Wachstum, gemessen am Gesamtverbrauch, zurückgehen. Dank unserer Innovationsfähigkeit sind wir jedoch in der Lage, qualitatives Wachstum zu schaffen.

Das heißt: Wir können Mittel und Verfahren entwickeln, die mehr Menschen ressourcenschonender versorgen, als dies auf dem jetzigen Stand der Technik möglich ist. Wenn wir intelligente und effiziente Lösungen entwickeln, werden sie sich auch auf dem Weltmarkt durchsetzen. Nationales Wachstum ist damit eine Folge der Entwicklung

effizienter Verfahren, die wir für die Schonung der Ressourcen im globalen Maßstab benötigen werden.

Dieses qualitative Wachstum hat den Nebeneffekt, dass wir unsere spezifischen Probleme der sozialen Sicherungssysteme, die der demografische Wandel verursacht, leichter lösen können. Dadurch nehmen wir international eine Pionierrolle ein, indem wir zeigen, dass Qualitätsverbesserung und Ressourcenschonung nicht nur moralisch, taktisch und faktisch geboten sind, um unsere Lebensgrundlage zu erhalten, sondern auch, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Mit diesem Ansatz lassen sich die Verteilungsgerechtigkeiten, die in einigen Staaten bestehen, jedoch nicht beheben. Korruption, Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung sind die zentralen Felder, um die sich die Politik weiterhin verstärkt kümmern muss.

Unser nationales, vorwiegend qualitatives Wachstum ist jedoch der Schlüssel dazu, global einer zunehmenden Anzahl von Menschen mehr Teilhabe an Wohlstand ressourcenschonend zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl der Weltbevölkerung müssen wir möglichst umweltschonende Mittel entwickeln, den Grundbedarf an Wohnen, Lebensmittel, Medizin, Mobilität, Wohlstand und Bildung zu decken. Durch effizientere Produktionsverfahren werden Produkte günstiger und können so von immer mehr Menschen auch aus ärmeren Regionen der Welt genutzt werden. Dabei wird das globale Wachstum zwar die Verteilungsfrage der Weltregionen und innerhalb der einzelnen Kontinente und Länder nicht lösen. Ohne globales Wachstum aber wird eine Lösung der Verteilungsfrage unmöglich sein. | |

Kontra

Wachstum in Deutschland dient nicht dem Weltgemeinwohl

| Bernd Bornhorst

Wachstum gut, alles gut. Die Steigerung des in Geld gemessenen Werts aller Waren und Dienstleistungen, des Bruttoinlandsprodukts, ist das oberste Ziel nicht nur von Unternehmen, sondern auch der Politik in Deutschland. Diesen Eindruck müsste ein Außerirdischer gewinnen, der von seinem Raumschiff ein paar Wochen lang die öffentlichen Verlautbarungen von Politikern und Wirtschaftsvertretern mithört.



Dr. Bernd Bornhorst
ist Leiter der Abteilung
Politik und globale
Zukunftsfragen bei
Misereor.

Zumindest für die Politik ist dieser hohe Status von Wirtschaftswachstum erstaunlich, wenn man unterstellt, dass Regierungen dem Wohl ihrer Bürger verpflichtet sind. Denn zum einen mehr Wachstum nicht automatisch das Wohlergehen der Bevölkerung, zum anderen ist es eng mit gravierenden ökologischen Schäden verbunden, die das Wohlergehen in Zukunft bedrohen und bereits heute beeinträchtigen – und das auch in anderen Ländern. Wachstum in Deutschland dient nicht automatisch dem Gemeinwohl, weder dem nationalen noch dem globalen.

Das zentrale Problem dahinter ist seit langem bekannt: Das Bruttoinlandsprodukt ist als Messgröße mit Blindheit geschlagen. Es hat keinen Blick für die Qualität der produzierten Güter (zum Beispiel dafür, ob Genussmittel gesundheitsschädlich sind und ihr Konsum ärztliche Dienstleistungen zur Therapie der Folgeschäden nach sich zieht); der gesamte Bereich der häuslichen und ehrenamtlichen Arbeit fällt komplett unter den Tisch; und das BIP blendet weitgehend die ökologischen Schäden und die Verteilung von Nutzen und Lasten aus, die mit der Güterproduktion einhergehen.

Das hat auch die Enquetekommission des Bundestags zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in der vergangenen Legislaturperiode erkannt und deshalb soziale und ökologische Indikatoren vorgeschlagen, mit denen das BIP ergänzt werden soll. Entscheidend ist jedoch, dass die Politik das BIP-Wachstum als eigenständiges Ziel entthront und stattdessen die Frage nach dem Gemeinwohl ins Zentrum rückt.

Aus globaler Perspektive stellt sich die schwierige Aufgabe, allen Menschen (auch in Zukunft) ein würdiges Leben zu ermöglichen, ohne die ökologischen Grenzen des Planeten zu überschreiten. Das augenfälligste Beispiel dafür ist der Klimawandel. Geht man von einer globalen Gesamtmenge von 750 Milliarden Tonnen Kohlendioxid aus, die zwischen 2011 und 2050 noch ausgestoßen werden darf, um die Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, ergeben sich daraus zwei drängende

Fragen: Wie kann dieses Ziel global erreicht werden, wenn die Wirtschaft immer noch hochgradig von CO₂ emittierenden fossilen Energieträgern abhängig ist? Und wie sollen die erforderlichen Emissionsminderungen verteilt werden, wenn Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Sicherung des Wohlstands oder auch nur der Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung noch erheblichen Nachholbedarf haben?

An dieser Stelle muss ein zweiter Mythos entzaubert werden: Die Technologie alleine wird es nicht richten. Trotz Effizienzsteigerungen und des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Rohstoffe haben die absoluten Umweltbelastungen zugenommen. Auf eine ausreichende Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von diesen Belastungen durch Technik zu setzen, ist deshalb unrealistisch und politisch verantwortungslos. Global wird der gordische Knoten ohne Verzicht auf Wirtschaftswachstum nicht zu durchtrennen sein.

Die entscheidende Herausforderung für Deutschland besteht deshalb nicht darin, auch in Zukunft möglichst hohe BIP-Wachstumsraten zu erzielen. Es geht darum, den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft zu gestalten, die zweierlei leistet: erstens einen maßgeblichen Beitrag zur Schrumpfung globaler Umweltschäden, die auch den nötigen Spielraum für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen schafft; und zweitens eine Abkopplung des Wohlergehens der Bevölkerung vom Diktat ständigen Wachstums. Die dafür erforderlichen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gehen ins Mark: Arbeit, soziale Sicherungssysteme, Finanzmärkte, Mobilität, Wohnen, Ernährung sind betroffen. Doch Deutschland hat vergleichsweise gute Startbedingungen, um sich an diese Aufgabe zu machen. Postwachstum und nicht weiteres Wachstum wäre ein wichtiger Beitrag Deutschlands zum Weltgemeinwohl. | |

Weltgemeinwohl – unser Beitrag?

Wie sehen die Schritte zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung aus? Welche Beiträge kann Deutschland, können Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und Zivilgesellschaft für die notwendige Orientierung an einem globalen Gemeinwohl leisten?



Sven Giegold
Mitglied des Europaparlaments, Fraktion der Grünen

Überall auf der Welt schauen Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit einer Mischung aus Skepsis und Faszination auf die deutsche Energiewende. Wird es dem Land der Ingenieure wirklich gelingen, die Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umzustellen? Wird es klappen, von der Droge Öl und der scheinbar billigen Kohle loszukommen? Viele meinen: Wenn es in Deutschland gelingt, können die Zukunftstechnologien so billig und so zuverlässig werden, dass ihr Durchbruch sich globalisiert. Ein Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel, der vor allem die Armen heute und morgen trifft. Die Energiewende darf daher nicht kaputtgemacht oder gebremst werden. Vielmehr müssen wir sie noch billiger und effizienter machen. Die Kosten und Nutzen der Grünen Transformation unserer Energieversorgung gehören fair verteilt.

Doch Technologie ist wahrlich nicht alles. Letztlich werden wir die globalen Herausforderungen nur lösen, wenn wir lernen, global zu kooperieren und verbindliche Regeln zu vereinbaren. Bei aller berechtigten Kritik an der Verantwortung Europas für globale Armut und Naturzerstörung: Bei allen globalen Verhandlungen zu Umwelt, Menschenrechten, Waffenkontrolle oder Bürgerrechten haben die EU und ihre Mitgliedsländer regelmäßig die konstruktivsten Beiträge geliefert. Gerechte Globalisierung wird es nur mit einem geeinten Europa geben, das nicht auf den Trümmern eines ökonomisch und sozial gescheiterten Euro mit sich selbst beschäftigt ist und in Renationalisierung zurückfällt. Auch deshalb muss der einseitige Eurorettungskurs dringend korrigiert werden: sozial, investitionsorientiert und vor allem demokratisch muss er sein.



Prof. Dr. Gesine Schwan
Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance

Deutschland muss im wohlverstandenen eigenen Interesse über seinen Tellerrand hinausschauen. Die Parteien sollten die transnationale Aktivität von gemeinwohlorientierten Nichtregierungsorganisationen als konstruktiven, wenn auch zu Recht unbequemen Motor für langfristig konzipierte Politik in ihre eigenen Strategien einbauen. Sonst bleiben sie der Kurzfristigkeit und der nationalen Engstirnigkeit von Legislaturperioden und des politischen Wettbewerbs verhaftet. Die organisierte Zivilgesellschaft ist am ehesten der Stachel im Fleisch der Selbstzufriedenheit und Borniertheit, die gerade gegenwärtig – in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise – Deutschlands Regierung und zu weiten Teilen auch die Gesellschaft auszeichnen.

Die Wissenschaften können sich mit ihren Forschungsfragen und Lehrprojekten mehr der Praxis öffnen. Das heißt: Sie sollten nicht nur auf die wirtschaftliche und/oder technologische Verwertbarkeit achten, sondern zusammen mit Vertretern aus der Gesellschaft – aus Unternehmen, der organisierten Zivilgesellschaft und der Politik – drängende Probleme, die alle angehen, herausarbeiten, Lösungswege prüfen und umsetzen helfen. In der Gegenwart entstehen Forschungsfragen oft im Zusammenhang mit Karrierelogiken, und die Ergebnisse der Untersuchungen werden nur noch von einem kleinen Kreis von Spezialisten verstanden. Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft offener und fruchtbarer zu gestalten – darin liegt eine Chance für mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit durch die Wissenschaft.



Richard Grünewald
Winzer; Eigentümer des Weinguts Grünewald & Schnell

Die Ressourcen unseres Planeten sind endlich. Im Wettlauf um diese Güter sind die Armen im Nachteil. Wir, die Zahlungsfähigeren, sollten deshalb unseren Konsum an Rohstoffen reduzieren. Dies aber, so sagen uns viele Politiker, Wirtschaftsverbände und Journalisten, gefährde unser Wachstum. Dort, wo Grundbedürfnisse wie Wohnen und Ernährung nicht gedeckt sind, wird eine Verbesserung der Lebensverhältnisse nicht ohne Wachstum und weiteren Ressourcenverbrauch zu erreichen sein. Doch trifft diese Situation vieler Länder der Südhalbkugel auch auf uns zu?

Also Nullwachstum? Solange die Diskussion um Wachstum den Charakter von „alles oder nichts“ behält, führt sie nicht weiter. Wäre dann die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch die Lösung? Nur in dem Maße, in dem sie tatsächlich gelingt. In dem Maße, in dem sie nicht gelingt, bleibt Wachstum problematisch. In unserem Weingut ist die Fläche gewachsen, die wir bewirtschaften, und damit auch die Menge an Wein, die wir erzeugen. Gleichzeitig sanken jedoch der absolute Verbrauch an Strom und Wasser sowie der relative Bedarf an Kraftstoff. Ursache waren Effizienzsteigerungen durch technische Innovationen einerseits und Verhaltensänderungen andererseits.

Wir benötigen beides: Effizienzsteigerungen und Verhaltensänderungen, um unseren globalen Ressourcenverbrauch zu begrenzen und besser zu verteilen. Es ist die dringende Aufgabe von Politik und Wirtschaft, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Müssen wir wachsen? Ich weiß es nicht. Dürfen wir wachsen? Vielleicht dort, wo Entkoppelung vom Ressourcenverbrauch gelingt – und sonst eben nicht.

Auf dem Weg zum Weltgemeinwohl?

Die neue UN-Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda

| Klaus Schilder

Ende September fiel auf einem Sondergipfel der Vereinten Nationen der Startschuss für Regierungsverhandlungen über eine neue globale Entwicklungsagenda, die ab 2016 an die Stelle der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) treten soll. Sie enthält einen Katalog so genannter Nachhaltigkeitsziele. Noch ist unklar, ob die Staatengemeinschaft mit dieser Agenda mutige Schritte hin zur Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens und damit des Wohles und der Würde aller Menschen machen wird.

Am Vorabend eines neuen globalen Entwicklungskonsenses ist eines klar: Es kann nicht mehr so weitergehen wie bisher. Darüber besteht große Einigkeit zwischen Wissenschaft, Politik und der Zivilgesellschaft. Diese Erkenntnis allein reicht jedoch nicht. Angesichts der mit politischer Untätigkeit verbundenen globalen Risikoszenarien, vor allem aber angesichts der immer noch weit verbreiteten Armut und wachsender sozialer Ungleichheiten auch innerhalb von Staaten, müssen jetzt die Weichen gestellt werden: für eine zukunftsfähige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nach 2015, die Regierungen zum politischen Handeln verpflichtet.

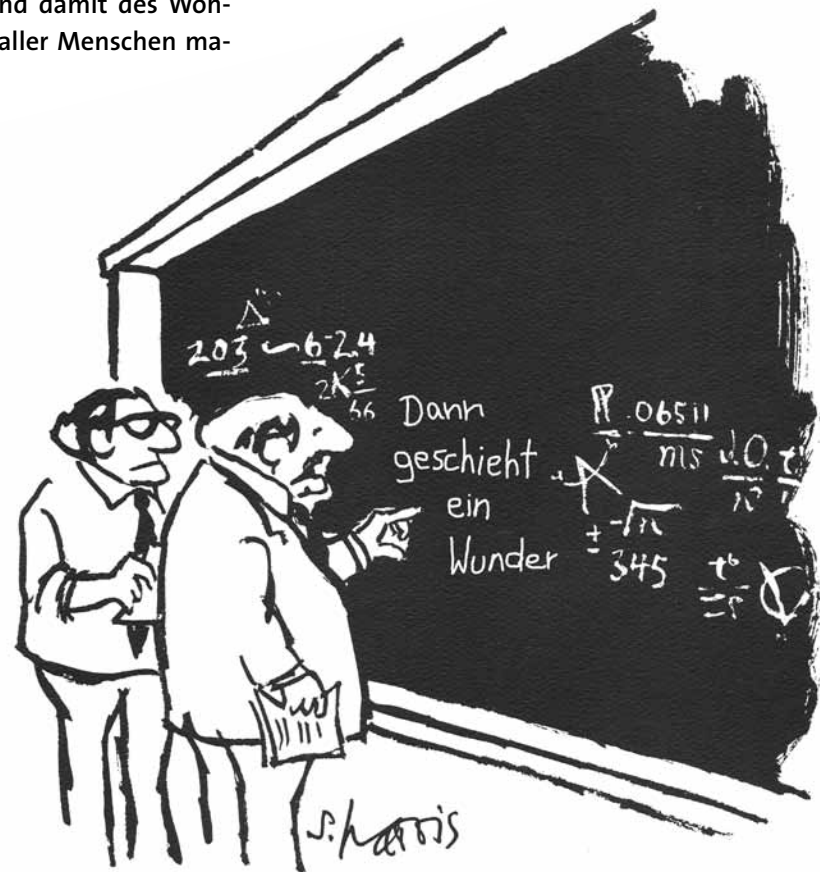
Natalie Hohmann, Manuela Vosen

Referentinnen für Umwelt und internationale Entwicklung bei der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands



Deutschland kann in zweifacher Hinsicht zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen globalen Entwicklung beitragen: Erstens ist es primär Aufgabe der Politik, verbindliche Rahmenbedingungen zu entwickeln, die Strukturen schaffen und strikt den menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgen. Deutschland hat die Möglichkeit, Vorreiter zu sein in Bereichen wie beispielsweise Energiewende, Unternehmensverantwortung, kritischer Konsum und nachhaltiger Umgang mit Menschen und Ressourcen: bei der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik, bei bi- und multilateralen Abkommen auf europäischer und internationaler Ebene (wie dem Transatlantischen Investitions- und Freihandelsabkommen) sowie bei der konsequenten Umsetzung von UN-Leitlinien. Zweitens muss das Bewusstsein der Bevölkerung in Deutschland für nachhaltige Entwicklung gestärkt werden, so dass die Menschen zu einer gerechteren Weltgesellschaft beitragen können. Dies muss sowohl im non-formalen Bildungsbereich als auch in der Aus- und Weiterbildung verankert werden.

Die Kirche hat aufgrund ihres Bewusstseins für die Natur als Schöpfung Gottes und für den Menschen als Gottes Ebenbild eine besondere Vorbildfunktion. Deshalb sollten sich alle kirchlichen Bereiche am Leitgedanken der Nachhaltigkeit orientieren. Es gilt, in den Gemeinden und Einrichtungen eine öko-faire Beschaffung einzuführen, soziale und ökologische Projekte zu fördern und hilfsbedürftige Menschen zu unterstützen. Dazu gehört auch, die Weltkirche mitzugestalten und Menschen und Staaten weltweit beim Umbruch zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Welt zu unterstützen.



„Ich denke, bei Schritt Zwei müssten Sie konkreter werden.“

Copyright Sidney Harris 2006

Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Regierungen und den Vereinten Nationen über Empfehlungen für die Post-2015-Agenda. Die Veranstaltung Ende September im UN-Hauptquartier in New York verzeichnete über 1000 Teilnehmer.

Eine solche Agenda kann auf einigen Erfolgen der MDGs bei der Armutsbekämpfung aufbauen, muss aber zugleich aus den Fehlern und Erfahrungen die richtigen Schlüsse ziehen. Weltweit wurden in den letzten Jahren die Rechte von Menschen und der Natur durch politisch gewollte Liberalisierungen und Deregulierungen beschnitten und Rechenschaftspflichten von Regierungen und der Privatwirtschaft zugunsten marktfreundlicher Regeln zurückgedrängt. Ein neues und universelles Entwicklungsparadigma, von dem in diesen Tagen so oft die Rede ist, darf kein schmückendes Beiwerk sein, sondern muss dazu dienen, in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion konventionelle Entwicklungskonzepte zu hinterfragen und konkrete Wege zu zukunftsfähigen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsmodellen zu beschreiben.

| Agenda für den Wandel?

Auf der Ebene der Völkergemeinschaft besteht zwar weitgehend Einigkeit darüber, den Blick über das Säulen- und Sektordenken hinaus zu weiten. Eine politische Einigung darüber, mit welchen Zielen und welchen Strategien eine solche gemeinsame Agenda gelingen kann, existiert aber noch nicht. Soll eine neue globale Agenda transformativ wirken, so muss sie die Würde und die Rechte der Menschen weltweit, ungeachtet ihres kulturellen, ethnischen oder religiösen Hintergrunds, zur Grundlage eines globalen Konsenses machen – kurz sie sollte sich am Leitbild des Weltgemeinwohls orientieren.

Hat man das Ziel des Weltgemeinwohls vor Augen, muss die Post-2015-Agenda ein politisches Gesamtpaket sein, das Vision und Aktionsprogramm kombiniert. Die Liste der Themen für die Post-2015-Agenda und für ein darauf aufbauendes globales Aktionsprogramm jedoch ist lang, die Verhandlungszeit bis Ende 2015 hingegen kurz. Daher bezweifeln kritische Stimmen, dass am Ende der Verhandlungen eine ambitionierte globale Agenda stehen wird, die eine grundlegend transformative Qualität für den Wandel von Gesellschaft und Wirtschaftssystem hat. Sie befürchten, dass es nur eine realpolitische



Verständigung auf den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ unverbindlicher und in der Systemlogik verhafteter Ziele sein könnte.

Zu Recht stellt sich die Frage, welche Beiträge die zahlreichen Expertenberichte an den UN-Generalsekretär zur Verwirklichung des Weltgemeinwohls geleistet haben? Positiv sticht zwar eine Erkenntnis hervor, die sich im Post-2015-Prozess nicht zuletzt durch zivilgesellschaftliche Interventionen verbreitet: die Erkenntnis, dass es ein Fehler gewesen ist, das Wirtschaftswachstum zum entscheidenden Kriterium für erfolgreiche Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung zu machen. Daraus leitet sich in den Empfehlungen der internationalen Experten aber eher eine Strategie kosmetischer Kurskorrekturen des gegenwärtigen ressourcenintensiven Wirtschaftsmodells als eine radikale Abkehr vom Wachstumsdogma und Hinwendung zum Konzept des Weltgemeinwohls ab. Bis heute ignorieren viele Politiker und Wirtschaftsvertreter die ökologischen und sozialen Schäden, die mit dem bisherigen extraktivistischen Wirtschaftsmodell verbunden sind. Unter den Folgen des Raub-

baus an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen leiden vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern.

Unter der Maßgabe, niemanden zurückzulassen, zielt der Bericht des „High Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda“ (HLP-Bericht) auf die globale Überwindung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. „Entwicklung und Armutsbekämpfung können nicht isoliert voneinander betrachtet, sondern müssen als Teile des Weltgemeinwohls verstanden werden.“ So Altbundespräsident Prof. Horst Köhler, Mitglied in dem hochrangigen Gremium, zur Frage globaler Verantwortung. Köhler spricht damit die Notwendigkeit einer neuen Ethik an, die unsere miteinander verknüpften Gesellschaften alle zugleich, aber entsprechend ihrer unterschiedlichen Verantwortung, in die Pflicht für einen holistischen und tiefgreifenden strukturellen Wandel nimmt. Die dem UN-Generalsekretär vorliegenden Expertenberichte aber – einschließlich des HLP-Berichts selbst – vernachlässigen die ethi-



Foto: Susan Alzner

schen Fragen des globalen Zusammenlebens weitgehend. Sie liefern damit keine glaubhafte Blaupause für eine ethisch und politisch begründete Neuorientierung unseres globalen Gemeinlebens.

Den Geburtsfehler der MDGs korrigieren

Auch die kurze Abschlusserklärung des Sondergipfels zu den MDGs und zur Post-2015-Agenda vom 25. September 2013 erscheint insgesamt als zu wenig ambitioniert. Dort wird vor allem an die Verantwortung der Privatwirtschaft appelliert, allerdings ohne überzeugende Anreize zu geben und verbindliche Rechenschaftsinstrumente für die unternehmerische Sorgfaltspflicht zu benennen. Wären Unternehmen verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, würde dies zu einem nachhaltigen und gerechten Umbau der Gesellschaften beitragen. Das geht aber nur, wenn menschenrechtlich inkohärentes Handeln sanktioniert wird. Dann

könnte die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden. Doch die Notwendigkeit der Bekämpfung der strukturellen Ursachen für Armut, Ungerechtigkeit, Hunger und soziale Ausgrenzung in der Welt bleibt in der Abschlusserklärung des Sondergipfels unerwähnt.

Allerdings besteht immer noch die Chance, im weiteren Verlauf der Verhandlungen über eine globale Post-2015-Agenda den Geburtsfehler der MDGs zu korrigieren und eine starke Menschenrechtsbasierung einschließlich wirksamer und verbindlicher Rechenschaftspflichten der Staaten zum Herzstück einer neuen globalen Agenda zu machen. Afrikanische Glaubensführer beispielsweise haben sich in einer konfessionsübergreifenden Erklärung nachdrücklich für eine universelle und gemeinwohlorientierte Post-2015-Agenda eingesetzt, die die wachsenden Ungleichheiten weltweit als Hauptbedrohung für die Überwindung von Armut, Schaffung von Frieden und Respektierung der Menschenwürde herausstellt.

Unter der Maßgabe, dass die universellen Menschenrechte den größtmöglichen politischen Konsens auf internationaler Ebene darüber darstellen, wie das Weltgemeinwohl verwirklicht werden kann, kommt der Verankerung und Orientierung einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda an den Normen und Prinzipien der Menschenrechte eine herausragende Bedeutung zu. Ein im Laufe der Post-2015-Verhandlungen entstehender politischer Zielkatalog sollte auf den Prinzipien des Menschenrechtsansatzes (Teilhabe, Transparenz, Diskriminierungsfreiheit) aufbauen, da diese die Überführung der unverbindlichen Zielvorgaben und ihrer Erfüllung in einen rechtsverbindlichen Rahmen ermöglicht. Grundlage dazu muss neben der Verpflichtung der Staaten zur Achtung der bürgerlich-politischen Rechte insbesondere die progressive Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sein.

Konkrete Berichtserstattungsprozesse zur Sicherstellung dieses Rechtsanspruches im

“Eine neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda muss sich an den Normen und Prinzipien der Menschenrechte orientieren.“

Rahmen der Post-2015-Agenda müssen in Form von verbindlichen Rechenschafts- und Überprüfungsverfahren – beispielsweise auf der Basis der regelmäßigen Überprüfungsverfahren im UN-Menschen-

rechtsrat – etabliert werden. Das nicht nur auf der internationalen, sondern entsprechend des Subsidiaritätsprinzips vor allem auf der nationalen und lokalen Ebene. NGOs und Menschenrechtsinstitutionen arbeiten an Vorschlägen für die Formulierung von Indikatoren.

Überaus bedeutsam ist die Frage, wer am Ende die Verantwortung für neue globale Zielvorgaben für gerechte Entwicklung und Nachhaltigkeit übernehmen wird. Nicht nur die Regierungen sind in der Pflicht, vielmehr müssen alle Stakeholder zum Gelingen einer neuen Globalen Partnerschaft beitragen: Unternehmen, Stiftungen, internationale Organisationen, die Wissenschaft, Parlamente und die Zivilgesellschaft. Das Recht aller Menschen, sich an der Gestaltung der Post-2015-Agenda zu beteiligen, ist daher unverzichtbar wichtig, ob global, national oder lokal. Es ist die Voraussetzung für die Verwirklichung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes im Post-2015-Prozess. Letztlich ist es eine Herausforderung für die Art des Regierens selbst: Die Verwirklichung partizipativer und aktivierender Governance-Formen ist eine Bedingung dafür, dass eine globale Gemeinwohlorientierung Post-2015 gelingen kann. ||



Dr. Klaus Schilder arbeitet als Referent für Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Entwicklung im Berliner Büro von Misereor.

Sorgsamer Umgang statt Ausbeutung

Die Verantwortung von Unternehmen für globale Gemeingüter

| Johannes Wallacher

Gemeingüter wie Wälder oder Grundwasservorräte sind für das Gemeinwohl von entscheidender Bedeutung. Sie sind prinzipiell frei zugänglich und kommen allen zugute, können aber nicht unbegrenzt genutzt werden. Damit erfordern die Bereitstellung und der Schutz solcher Güter vor Ausbeutung jedoch verlässliche Kooperationsvereinbarungen über deren Nutzung. Unternehmen tragen dafür eine besondere Verantwortung.

Wenn man nicht von der Nutzung von Gemeingütern ausgeschlossen werden kann, besteht ein Anreiz, die mit der Produktion oder dem Schutz verbundenen Kosten anderen zu überlassen. Wenn alle die Kosten auf andere abwälzen und damit zu „Trittbrettfahrern“ werden, werden keine Gemeingüter produziert beziehungsweise erhalten, was auch als „Tragik der Allmende“ bezeichnet wird.

Traditionell kommt daher dem Staat die primäre Verantwortung zu, durch geeignete Regeln und Sanktionsmechanismen dafür zu sorgen, dass sich alle Nutzer an der Finanzierung von Gemeingütern beteiligen. Allerdings gibt es nicht nur Markt-, sondern auch verbreitetes Staatsversagen. Schon im nationalen Kontext sind Staaten nicht einfach die „Hüter des Gemeinwohls“, wenn das Regierungshandeln von Bürokratie, Lobbyismus oder gar Korruption bestimmt ist. In der internationalen Politik haben die Nationalstaaten oft weniger das Gemeinwohl im Blick als ihre kurzfristigen Partikularinteressen.

| Bedarf an „treuhänderischer Bewirtschaftung“

Eine übergeordnete Ebene, die das kollektive Versagen der Staatengemeinschaft beim Schutz des Klimas, der Weltmeere und tropischen Wälder oder dem Transfer von Wissen, umweltfreundlicher Technologien oder einer fairen Verteilung von Rohstoffen überwin-

den könnte, ist nicht in Sicht. Dieses Dilemma zeigt, wie notwendig es ist, sich auf neue Formen der „treuhänderischen“ Bewirtschaftung von Gemeingütern (vgl. den Beitrag von Johannes Müller, S. 26) zu verständigen, die Nutzungsrechte nach Maßstäben der globalen und generationenübergreifenden Gerechtigkeit verteilt. Der Treuhänder nutzt die ihm anvertrauten Ressourcen so, dass der Bestand auf Dauer erhalten bleibt. Damit ist aber auch die Frage nach den Eigentumsrechten an Gemeingütern einzubeziehen. Nach dem Grundverständnis der katholischen Soziallehre sind Erdengüter Gemeineigentum der gesamten Menschheit. Privateigentum wird zwar grundsätzlich bejaht, weil der soziale Friede besser gesichert werde, wenn jeder über einen abgrenzbaren Anteil an irdischen Gütern verfügen kann. Allerdings wird Privateigentum ausschließlich instrumentell gerechtfertigt und steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass es mit dem Grundsatz der universalen Bestimmung der Erdengüter vereinbar ist. Dies ist auch die Grundlage für die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, nach dem persönliches Eigentum immer in Rücksicht auf andere und den Erhalt der gemeinsamen Erdengüter zu gebrauchen ist.

Dies ist ein wichtiger Maßstab für strukturelle Rahmenbedingungen, die die geeigneten Anreize zu einer treuhänderischen Nutzung von Gemeingütern geben sollen. Dafür sind weitere institutionelle Formen der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg notwendig, auch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Transnationaler Unternehmen. Gerade letztere agieren immer stärker jenseits nationaler Grenzen, und ihre Umsätze übertreffen teilweise das Sozialprodukt ganzer mittlerer Volkswirtschaften. Sie gewinnen damit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch an Einfluss und Gewicht.

Aus der faktischen Gestaltungsmacht allein lässt sich aber noch keine Verpflichtung für treuhänderisches und damit gemeinwohlorientiertes Verhalten von Unternehmen ableiten. Dazu braucht es weitere Argumente. Eine mögliche Begründung geht vom Weltgemeinwohl und der Tatsache aus, dass die Weltgemeinschaft heute vor Herausforderungen steht, die sich nur in gemeinsamer Verantwortung und Anstrengung bewältigen

Foto: Infrogmation of New Orleans (CC BY 2.0)



lassen. Das wachsende Wohlstandsgefälle und die fortschreitende Umweltzerstörung bedrohen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den betroffenen Ländern, sondern wirken aufgrund der wachsenden Verflechtungen und Abhängigkeiten auch auf andere Länder zurück. Damit sind aber private Interessen immer auch rückgebunden an gemeinsame Interessen. Dies gilt gerade auch für Unternehmen.

| Das Prinzip Verantwortung

Mit dem Prinzip der Verantwortung lässt sich die Brücke schlagen von der „Gemeinverstrickung“ zur „Gemeinhaftung“, die der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning schon vor Jahrzehnten als die beiden Pfeiler der Solida-



Eine Prozession im Geschäftsdistrikt von New Orleans erinnert mit Plakaten von Pelikane an die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko. Dort war im April 2010 die von BP geleaste Bohrrinsel „Deepwater Horizon“ explodiert.

Verantwortung wird dann nicht nur nach Rolle, kausaler Verursachung und Haftung, sondern vor allem auch nach Fähigkeiten zugeteilt. Auch wenn Nationalstaaten – auch aus Gründen der Legitimität – weiter die primäre Verantwortung für globale Kooperation und wirksame supranationale Institutionen zum Schutz von Gemeingütern haben, kann Unternehmen eine wesentliche Mitverantwortung zugeschrieben werden. Gerade weil sie Gemeingüter nutzen und das notwendige wirtschaftliche und politische Handlungsvermögen besitzen.

| Rechtlich verbindliche Vereinbarungen

Diese Verantwortung lässt sich auf verschiedene Weise wahrnehmen. Die meisten Unternehmen setzen dabei auf freiwillige Selbstverpflichtungen, die eine flexible Gestaltung erlauben, für die es aber auch kaum Sanktionsmöglichkeiten gibt. Dies zeigt sich einmal mehr etwa bei den „Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die internationale Standards für den Ankauf beziehungsweise die langfristige Pacht von Land durch ausländische Investoren und Regierungen setzen wollen. Angesichts der Erfahrungen mit anderen freiwilligen Selbstverpflichtungen ist es höchst fraglich, ob solche Standards in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden und nicht nur der Legitimation des Landerwerbs bei der Bevölkerung der reichen Länder dienen.

Letztlich bleibt der Eindruck, dass solche Selbstverpflichtungen von den Unternehmen selbst eher als Alternative denn als Ergänzung zu rechtlich bindenden Vereinbarungen angesehen werden, mit denen man flexibel auf Probleme reagieren und Lernprozesse anstoßen kann. Für die Glaubwürdigkeit von Unternehmen und ihren Verbänden wäre es daher wichtig, ihre Bereitschaft zu signalisieren, im Zweifelsfall freiwillige Initiativen in verbindliche Regeln umzuwandeln, falls die Selbstbindung sich nicht als wirksam erweisen sollte, weil sie durch zu viele „Trittbrettfahrer“ unterlaufen wird, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen.

rität ausgemacht hat. Aus der Tatsache, dass wir alle in einem Boot sitzen, kann dann geschlossen werden, dass wir auch verantwortlich füreinander eintreten sollen. Der Begriff der Verantwortung verweist dem Wortsinn gemäß darauf, dass es dabei für Einzelpersonen wie auch für kollektive Akteure wie Unternehmen nicht nur darum geht, für die Folgen einer vergangenen Handlung einzutreten, sondern auch „Antwort“ zu geben auf anstehende Herausforderungen. Das lenkt den Blick nicht nur auf das moralisch richtige Handeln, sondern auch auf das Erreichen vorzugswürdiger Ziele und Güter. Insofern eignet sich das Prinzip der Verantwortung in besonderer Weise für komplexe soziale Prozesse, in denen viele Akteure interagieren und bestimmte Ergebnisse sich nicht auf einzelne Handlungen zurückführen lassen.

Wettbewerb und Nachhaltigkeit? -> Nehmenundgeben.de

Globale Gemeingüter lassen sich nur dann nachhaltig nutzen, wenn Unternehmen im Wettbewerb nicht für die rücksichtslose Ausbeutung dieser Güter belohnt werden, sondern für den sorgsamen Umgang mit ihnen. Dafür müssen freiwillige Ansätze wie ethisches und nachhaltiges Investment ergänzt werden durch einen verbindlichen politischen und rechtlichen Rahmen. Mit Lobbyarbeit, Unternehmensdialogen, Öffentlichkeitsarbeit und Studien setzt sich die „Initiative für nachhaltigen Wettbewerb“ für dieses Ziel ein.

Weitere Informationen:
www.nehmenundgeben.de

Georg Stoll

Ein ebenso wichtiges Signal wäre es, wenn eine kritische Zahl von Unternehmen konstruktiv die politischen Prozesse für einen nachhaltigen Umbau weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen vorantreiben und damit ihre ordnungspolitische Mitverantwortung wahrnehmen würde. Denn letztlich braucht es ordnungsrechtliche Vorgaben (Verbot von Abholzung oder Biopiraterie, gemeinschaftliche Landnutzungsrechte etc.) oder strukturelle Anreize, die eine treuhänderische Nutzung globaler Gemeingüter belohnen und umgekehrt die Ausbeutung bestrafen. Dadurch lässt sich eine Vielfalt von Nutzungsformen sichern. Und es lassen sich über den Wettbewerb Innovations- und Leistungsanreize schaffen, um Gemeingüter effizienter zu gewährleisten beziehungsweise zu schützen. ||



Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher ist Professor an der Hochschule für Philosophie München und Präsident dieser Hochschule.

Foto: shawnalhoum (CC BY-NC 2.0)



Foto: Alexa Emundts / Misereor



Advokaten des Weltgemeinwohls

Organisationen mit religiösem Hintergrund treten für weltweite Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ein

| Johannes Müller SJ

Religionen sind für eine Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen nehmen sie in den meisten Ländern der Welt eine zentrale gesellschaftliche Rolle ein. Besonders in den noch wenig säkularisierten Entwicklungsländern kann man ohne sie tiefgreifende Veränderungen kaum bewirken. Zum anderen besitzen sie Quellen, die für die ethische Begründung eines sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklungs- und Wohlstandsmodells sehr hilfreich sein können. Und schließlich sind ihre Institutionen und Anhänger fast überall wichtige Akteure, um solche Ziele zu erreichen.

Weltreligionen sind lokal verwurzelt und haben zugleich eine globale Perspektive. Sie sind einerseits stets in Kulturen eingebunden, die unvermeidlich begrenzt sind, ande-

rerseits überschreiten sie aber diese Grenzen, da sie Botschaften mit einer universalen Perspektive anbieten. Ihre Traditionen enthalten übergreifende Weltdeutungen und Wertvorstellungen, die für ihre Anhänger eine hohe Motivationskraft besitzen und solidarisches Handeln weltweit fördern können.

Das Weltgemeinwohl verlangt genau diese Verbindung. Einerseits ist es ein ethisches Leitbild mit universaler Perspektive, das eine enge nationale, kulturelle und religiöse Sichtweise überwindet. Andererseits aber lässt sich dieses Leitbild nur umsetzen, wenn es sich die Menschen vor Ort und ihre sozialen Gemeinschaften zu eigen machen und sich dafür einsetzen. Allerdings handelt es sich bei dieser Verbindung um eine stetige Herausforderung, denn die beiden Pole dieses Spannungsfelds können aus dem Gleichgewicht geraten. Denn Religionen vertreten unterschiedliche Botschaften und stehen insofern in einem Wettbewerb oder sogar in harter Konkurrenz zueinander. Derartige Eigeninteressen können den Zielen des Weltgemeinwohls entgegenstehen. So können sie etwa Konflikte verschärfen, aber auch Frieden und Versöhnung stiften. Sie können soziale Verhaltensweisen prägen, die ein konstruktives Miteinander oder auch ein destruktives Gegeneinander fördern. Daher kommt

dem Dialog der Religionen und den ihnen gemeinsamen Werten und Zielen eine große Bedeutung zu.

| Weltweite Solidarität

Alle Religionsgemeinschaften kennen so etwas wie ein Gebot der Nächstenliebe und eine Pflicht der Hilfe für die Armen. Diese Werte motivieren ihre Mitglieder zum Dienst an ihren Mitmenschen. Auf lokaler Ebene drückt sich dies in wechselseitiger Unterstützung und in der Hinwendung zu den Bedürftigen und Menschen am Rand der Gesellschaft aus. Auf globaler Ebene unterstützt es die Bereitschaft, Menschen zu helfen, die aufgrund von Naturkatastrophen, Kriegen oder anderen unglücklichen Schicksalen in Not geraten sind.

Das Solidaritätspotenzial der Religionsgemeinschaften ist zunächst auf das unmittelbare Lebensumfeld der eigenen Gemeinde ausgerichtet. Im Vertrauen auf die Verbundenheit mit den Angehörigen der eigenen Religionsgemeinschaften können sie sich jedoch auch für Menschen in fernen Teilen ihres Landes oder in anderen Ländern einsetzen. Je nach kulturellem Umfeld und aktuellen Umständen kann diese Solidarität auch Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften gelten. Die geteilte Erfahrung gemeinsamen Engagements vor Ort ist zu-



USA: Non-Profit-Organisationen informieren auf dem Gelände der Universität von San Francisco, einer Jesuiten-Hochschule, über ihre Arbeit – auch zu globalen Themen (links).

Nigeria: Ordensschwester in einem Projekt zur Förderung ländlicher Entwicklung (Mitte).

Kenia: Glaubensführer, die Christen und Muslime in Subsahara-Afrika repräsentieren, trafen sich im März 2011 in Nairobi, um einen Umwelt-Aktionsplan zu entwickeln (rechts).

Foto: ARC – The Alliance of Religions and Conservation (CC BY-NC-SA 2.0)



gleich ein meist besserer Ausgangspunkt für den Dialog der Religionen als alle theoretischen Diskussionen, wie es sich besonders in pluralen Gesellschaften gezeigt hat.

Solche partnerschaftliche Zusammenarbeit für soziale Ziele – oft in Organisationen mit weltweitem Radius institutionalisiert – stellt ein kaum hoch genug einschätzbare Potenzial dar, nicht nur für den Zusammenhalt in den jeweiligen Regionen und Ländern, sondern auch für die Völkergemeinschaft und damit das Weltgemeinwohl. Ganz allgemein lässt sich feststellen: Je mehr in einer Religionsgemeinschaft eine Kultur interner Partizipation und Toleranz gewachsen ist, desto besser kann diese als Quelle und Träger von Weltgemeinwohl wirksam werden.

| Leitbilder für einen zukunftsfähigen Lebensstil

In wohl allen Religionen findet man ein Schöpfungsverständnis, das den Schutz der Natur stärkt. Weil Natur als von Gott geschaffen verstanden wird, hat sie einen besonderen Wert. Dies schließt die soziale Dimension des Menschen (seine Geschöpflichkeit) ein. Wenn alle Menschen in gleicher Weise Geschöpfe Gottes sind, dann sind sie aufeinander verwiesen und zu solidarischen Handeln aufgefordert.

Die biblische Schöpfungslehre von der „Treuhanderschaft des Menschen“ (Judentum, Christentum) und die islamische Lehre vom Menschen als „Kalifen (Statthalter) Gottes“ sind ein Beispiel für solche Gemeinsamkeiten. Dies verbietet eine willkürliche und rücksichtslose Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen. Dieses Schöp-

fungsverständnis ist auch an eine säkulare Sichtweise anschlussfähig, lediglich die Begründungen unterscheiden sich.

Diese Sichtweise ist im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen Lebensweise als eines grundlegenden Aspekts des Weltgemeinwohls von großer Bedeutung. Das Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“, die Notwendigkeit eines veränderten Zivilisationsmodells und eine entsprechende Konsumethik finden hier wichtige Anstöße und eine Quelle der Motivation. In allen Religionen findet man konkrete Werte und Traditionen wie Fasten und Askese, die der einer langfristig selbstzerstörerischen Konsumkultur – man kann auch von Ökonomismus sprechen – widersprechen. Diese Werte und Traditionen müssen nur neu ausbuchstabiert werden, etwa im Hinblick auf einen Lebens- und Wirtschaftsstil der Selbstbescheidung, der verallgemeinerbar ist und so einen weltweiten sozialen Ausgleich ermöglicht.

Ein solches Leitbild enthält freilich viel Konfliktpotenzial, wie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gezeigt hat, die 1996 von Misereor mit angestoßen wurde. Als Grundlage für jene Reformen, ohne die es keine globale und intergenerationelle Gerechtigkeit geben wird, nennt sie zwei Wege, nämlich Effizienz und Suffizienz, „technische Innovation auf der einen und rechtes Maß auf der anderen Seite“. Umstritten war und ist vor allem die Suffizienz, die nichts anderes meint als Genügsamkeit. Eine solche Haltung widerspricht jedoch dem Trend zu immer mehr Wohlstand. Die Umkehr zu einer „Tugend des rechten Maßes“ bedeutet jedoch keineswegs nur Verzicht, sondern bietet im Gegenteil die Chance auf mehr Lebensqualität.

| Akteure der globalen Zivilgesellschaft

Religionen sind auf vielfältige Weise vor Ort und auf nationaler Ebene tätig. Sie sind zudem Akteure der globalen Zivilgesellschaft und beteiligen sich an der öffentlichen Auseinandersetzung um weltweite Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Sie schaffen nicht nur unter ihren Mitgliedern (und oft weit darüber hinaus) ein Bewusstsein für die globalen Aufgaben und entwickeln Vorschläge zu ihrer Bewältigung, sondern spielen zunehmend auch eine wichtige Rolle als politische Anwälte für diese Anliegen. Ihre konkreten Projekte und Aktivitäten verleihen ihrer Stimme eine besondere Glaubwürdigkeit. Dies hat dazu geführt, dass die so genannten Faith-based Organizations heute auch im Rahmen der Vereinten Nationen eine anerkannte Rolle spielen.

Besonders wirksam sind so genannte „Allianzen der Solidarität“ unter den Religionen und mit Gleichgesinnten. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne für das „Erlassjahr 2000“ zur Entschuldung der ärmsten Länder. Ohne solche Bündnisse, so ungewohnt sie oft sein mögen, sind viele Reformen, die für die Armutsbekämpfung und die Rechte künftiger Generationen sehr wichtig sind, in der heutigen Gesellschaft nicht durchsetzbar. | |



Prof. Dr. Johannes Müller, Mitglied des Jesuitenordens, ist Professor an der Hochschule für Philosophie in München und Leiter des Instituts für Gesellschaftspolitik.

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 12-2013 / 1-2014 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Dr. Georg Stoll (MISEREOR) und Katharina Hirschbrunn (IGP), Dr. Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Prof. Dr. Michael Reder (IGP)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“ Postfach 50 05 50 D-60394 Frankfurt/Main www.welt-sichten.org

Bestellung bei: pgz@misereor.de

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Jetzt 3 Ausgaben kostenlos testen!

Die Welt rückt näher zusammen. welt-sichten beleuchtet Hintergründe der Weltpolitik und nimmt ihre Folgen in Schwellen- und Entwicklungsländern in den Blick. Jeden Monat bietet die Zeitschrift Analysen, Reportagen, Interviews und Berichte zu:

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Menschenrechte
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen



Bestellen Sie ein kostenloses Probeabo

auf www.welt-sichten.org

per Telefon: 069/58098-138

per E-Mail: redaktion@welt-sichten.org